

'Natürliche Freunde'? Die Beziehungen zwischen den USA und Indien ab 2001

Müller, Harald; Schmidt, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müller, H., & Schmidt, A. (2008). 'Natürliche Freunde'? Die Beziehungen zwischen den USA und Indien ab 2001. (HSFK-Report, 8/2008). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-283257>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Harald Müller/Andreas Schmidt

„Natürliche Freunde“?

Die Beziehungen zwischen den USA
und Indien ab 2001

HSFK-Report 8/2008



Hessische
Stiftung
Friedens- und
Konfliktforschung

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse :

HSFK · Baseler St. 27-31 · 60329 Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95 91 04-0 · Fax: (069) 55 84 81

E-Mail: mueller@hsfk.de · schmidt@hsfk.de

Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-937829-76-0

Euro 6,-

Zusammenfassung

Indien befindet sich seit dem Ende des Kalten Krieges nicht nur wirtschaftlich und technologisch, sondern auch militärisch und politisch stark im Aufwind. Viele Beobachter sehen daher auf dem indischen Subkontinent bereits eine kommende Weltmacht des 21. Jahrhunderts heranwachsen. Insofern kann es nicht verwundern, dass Indien auch in den außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen der USA, der einzig verbliebenen Supermacht, zunehmend einen bedeutenden Stellenwert einnimmt.

Die bilateralen Beziehungen zwischen der mächtigsten und der bevölkerungsreichsten Demokratie der Welt stellen angesichts ihrer jeweiligen Größe, Macht und geostrategischen Position einen beachtenswerten Faktor der zukünftigen Weltordnung dar. Zwei miteinander verbundene Schlüsselfragen sind dabei für die Weltpolitik von Relevanz: die Gemeinsamkeiten im „Krieg gegen den Terror“ einerseits und Differenzen über die Legitimität eines gewaltsamen Eingriffs in die Souveränität anderer Staaten andererseits. Vor allem am Umgang beider Staaten mit dem Völkerrecht, einem der wohl wichtigsten Instrumente zur Wahrung und Gestaltung globaler Ordnung, (soweit es Fragen von Krieg und Frieden betrifft), lassen sich langfristige Grundzüge ihrer Außen- und Sicherheitspolitiken ablesen.

Dabei war das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Indien während des Ost-West-Konfliktes sowie den ersten Jahren nach seinem Ende trotz gemeinsamer politischer Werte, wie Demokratie, Pluralismus und Rechtstaatlichkeit, eher durch Entfremdung als durch Freundschaft gekennzeichnet. Indien, das sich seine Unabhängigkeit von Großbritannien erst mühsam hatte erkämpfen müssen, betrachtete mit großem Unbehagen, wie die USA im Zuge ihrer anti-kommunistischen Außenpolitik das Erbe früherer Kolonialisten antrat (etwa in Vietnam) und demokratisch gewählte Regierungen in Süd- und Mittelamerika wegputschen ließ. Auf der anderen Seite trug die indische Rolle als Vorreiterstaat der Blockfreien Bewegung und die Nähe zu dem sozialistischen Wirtschaftsmodell der ehemaligen Sowjetunion zu einem deutlichen Ansehensverlust Neu Delhis in Washington bei. Das „Tauwetter“ begann erst, als Indien sein Wirtschaftssystem Anfang der neunziger Jahre langsam zu öffnen begann. Paradoxerweise führten auch die indischen Atomtests 1998, nach anfänglichen Sanktionen durch die USA, zu einer positiven Neubewertung der indischen Rolle in der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Seither verbesserte sich das Verhältnis merklich und gewann mit den Geschehnissen des 11. Septembers 2001 einen neuen strategischen Charakter.

Seit seiner Staatsgründung 1947 ist Indien ein Zielland terroristischer Aggressionen. Die größte Sorge bereitet den politischen Verantwortlichen in Neu Delhi indes der transnationale islamistische Terrorismus. Den Nährboden des gegen Indien gerichteten militanten islamischen Fundamentalismus bietet vor allem der anhaltende indisch-pakistanische Streit um die Kaschmir-Region, der bislang zu drei Kriegen (1947/48, 1965, 1999) zwischen den beiden benachbarten Atommächten geführt und diese 1990, 1999 und 2001/2002 an den Rand eines Nuklearkrieges gebracht hat. Es verwundert daher nicht, dass ein vitales Interesse Indiens an der Terrorbekämpfung besteht und an internationaler Zusammenarbeit, welche diesem Ziele dient.

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 ergab sich plötzlich erstmalig die Gelegenheit zum Schulterschluss mit der größten Militärmacht der Welt auf der Basis konvergierender Interessen. Folglich bot Indien den USA in einer beispiellosen Solidaritätsbekundung seine volle und vorbehaltlose Unterstützung im „war on terror“ an. Kurz darauf bezeichneten U.S.-Präsident Bush und der indische Premierminister Vajpayee in einer gemeinsamen Erklärung den vereinten Kampf gegen den Terror als wichtige Triebfeder ihrer zwischenstaatlichen Beziehungen. Als 2001/2002 erneut eine Terrorwelle aus Pakistan über den indischen Subkontinent hereinbrach, machten sich die USA zunehmend die indische Position zu eigen und übten immensen politischen Druck auf ihren Bündnispartner Pakistan aus, obwohl man diesen im Kampf gegen das Taliban-Regime dringend brauchte. Daher kann die Entscheidung der indischen Regierung, sich im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus an die Seite der Vereinigten Staaten gestellt zu haben, letztlich als politischer Erfolg gewertet werden. So bezeichneten die USA die Wahlen in Jammu und Kaschmir im Herbst 2002 erstmals als „frei und fair“, und sie forderten die pakistanische Regierung auf, den von pakistanischem Gebiet ausgehenden grenzüberschreitenden Terrorismus zu unterbinden. Zudem bereitete die Anti-Terror-Allianz, die im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 geschmiedet und im Zuge der Terrorwelle 2001/2002 in Indien noch gefestigt wurde, den Boden für den Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Neu Delhi auch auf anderen Gebieten.

So haben beide Staaten in den letzten Jahren nicht nur ihre Handelsbeziehungen sprunghaft ausgebaut, sondern auch ihre militärische Zusammenarbeit intensiviert. Zudem wurde Indien kürzlich durch ein Nuklearabkommen mit den USA de facto offiziell in den Club der Kernwaffenstaaten aufgenommen. Durch den so genannten Atomdeal ist Indien nunmehr in der Lage, am nuklearen Weltmarkt zu partizipieren, was für die Energieversorgung in Indien von großer Bedeutung ist.

Im Rahmen der amerikanischen „Grand Strategy“ spielt die Partnerschaft zu dem aufstrebenden Indien, vor allem im Machtwettbewerb der USA mit dem Herausforderer China, zunehmend eine bedeutende Rolle. Demnach soll Neu Delhi für Washington als Gegengewicht zu China in der südasiatischen Region fungieren, um dessen Einfluss dort einzudämmen. Manche Beobachter ziehen daraus den Schluss, dass Indien und die USA nicht nur strategische Partner, sondern vielmehr „natürliche Freunde“ seien: zwei Demokratien mit denselben Gegnern (China, islamistischer Terrorismus), gleichen Werten, transnationalen Vernetzungen und einem Einklang der wirtschaftlichen Interessen. Aber es wäre voreilig, die vollkommene Harmonie zwischen Washington und Neu Delhi vorauszusetzen.

Anders als von den politisch Verantwortlichen in Washington erhofft, ließ sich Indien nicht so einfach in die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik einbinden. Vielmehr hielt man in Neu Delhi weiterhin an der traditionell hohen Wertschätzung (eigener) staatlicher Souveränität fest und prüfte die Ansprüche des neuen Bündnispartners im Lichte der eigenen Interessen und Prinzipien (wie dies die USA auch für sich in Anspruch nehmen). Insofern weigerte man sich in Neu Delhi eine Gleichgewichtspolitik mit China im Sinne der USA zu betreiben, und verfolgte stattdessen einen eigenständigen außenpolitischen Kurs in Bezug auf Peking. Dieser zielte auf eine Verbesserung der bilateralen

Beziehungen ab, wofür auch der zuletzt deutlich angestiegene Handel zwischen den beiden asiatischen Riesen spricht.

Nirgends traten die Grenzen der Anti-Terror-Allianz jedoch so offen zu Tage wie in Indiens scharfer Kritik am Irak-Krieg der USA Anfang 2003. Dahinter liegen beträchtliche Differenzen über die Gestaltung der internationalen Ordnung. In den USA hat sich zunehmend ein instrumentelles Verhältnis zum Völkerrecht entwickelt, auf das man sich in Washington beruft, wenn es amerikanischen Absichten dient, und das man ignoriert, wenn es diesen Absichten widerspricht. In Indien, so scheint es, ist Völkerrecht viel mehr als grundlegendes Ordnungsprinzip verankert. Indien sieht indes seine Interessen und seine Machtposition von der völkerrechtlichen Ordnung, die Souveränität schützt, wohl behütet. Anders als in der jüngeren Betrachtungsweise der USA gelten Völkerrecht und Internationale Organisation nicht als Fessel, sondern als Stütze der eigenen Souveränität. Es ist daher nicht zu erwarten, dass Indien sich in absehbarer Zukunft an unilateralen und damit außerhalb des UN-Rahmens stattfindenden militärischen Aktionen beteiligen wird.

Für die sich entwickelnde Weltordnung sind daraus zwei Prognosen interessant. Zum einen wird Indien darauf insistieren, einen eigenen „Pol“ in einem eher multipolaren System zu bilden; es wird sich nicht als – wie immer gewichtiger – Vasall in einen neuen Bipolarismus zwischen einer amerikanisch und einer chinesisch geführten Koalition einbinden lassen. Zum anderen besteht eine Aussicht, wenn auch keine letzte Sicherheit, dass mit Indien ein möglicher Verbündeter für all jene Kräfte die Weltbühne betreten hat, die auf eine rechtsgestützte Weltordnung mit starken Vereinten Nationen hinarbeiten. Je nachdem, wie weitgehend Präsident Obama am seit Mitte der neunziger Jahre erkennbaren Streben der USA festhält, die eigene Handlungsfreiheit gegen multilaterale Bindungen abzuschotten, oder selbst erneut solche Bindungen im eigenen wohlverstandenen Interesse anstrebt, werden die indisch-amerikanischen Beziehungen spannungsreicher oder harmonischer verlaufen.

Aus deutscher Sicht ist interessant, dass die indische Einstellung zu Völkerrecht und Vereinten Nationen deutlich näher an der Politik Berlins liegt als an jener Washingtons – zumindest in jüngerer Zeit. Es empfiehlt sich daher aus deutscher Perspektive, die Beziehungen zu Indien weiter zu verdichten. So könnte Indien ein interessanter Verbündeter sein, wenn es gilt, die internationale Rechtsordnung auch gelegentlich gegen das Missfallen Washingtons zu behaupten und auszubauen.

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Entfremdete Demokratien: Indien und die USA vor dem 11. September 2001	2
3.	Gemeinsam gegen den Terrorismus: Der indisch-amerikanische Schulterschluss	3
3.1	Indien und der Terrorismus	3
3.2	Die Folgen des 11. Septembers 2001	5
3.3	Die neue Terrorwelle in Indien und die amerikanische Reaktion	6
3.4	Das amerikanische Dilemma und der indische Positionsgewinn	10
4.	„Natürliche Freunde“ oder strategische Partner?: Die neuen indisch- amerikanischen Beziehungen (2001–2008)	11
4.1	Handelsbeziehungen und militärische Zusammenarbeit	11
4.2	Das Großmachtdreieck	13
4.3	Das Nuklearabkommen und die „indische Lobby“	15
4.4	Die Grenzen der Partnerschaft	16
5.	Indien und der Irak-Krieg 2003	19
5.1	Der Krieg und das amerikanische Werben um Neu Delhi	19
5.2	Die innerindische Debatte über den Irak-Krieg 2003	20
5.3	Souveränität – absolut und nicht relativ: Indiens Völkerrechtspolitik	24
6.	Schlussfolgerungen	28
	Quellenverzeichnis	30
	Literaturverzeichnis	33

1. Einleitung

Angesichts der rasanten Verbesserung, der indisch-amerikanischen Beziehungen seit zehn Jahren, ist neuerdings häufig davon die Rede, es handele sich bei den beiden größten Demokratien um natürliche „Alliierte“ oder gar um „natürliche Freunde“. Die „Obamania“ dürfte diese Hoffnungen eher noch verstärken. Dieser Report geht der Frage nach, ob mit einem derartig engen Schulterschluss zwischen Washington und Neu Delhi zu rechnen ist. Dabei geht es um einen wichtigen Faktor der künftigen Weltordnung: Unsere Studie konzentriert sich dabei auf zwei miteinander verbundene Schlüsselfragen: Auf die Gemeinsamkeiten im „Krieg gegen den Terror“ einerseits und auf die Differenzen über die Legitimität eines gewaltsamen Eingriffs in die Souveränität anderer Staaten andererseits. Beide miteinander verbundenen Problematiken – Terrorismusbekämpfung und Interventionismus – berühren das indische Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und tragen damit zur entstehenden neuen Großmächtekartographie der Weltpolitik bei. Die Vermessung der indisch-amerikanischen Beziehung erscheint umso wichtiger, als der neue amerikanische Präsident auch in diesem Verhältnis die Chance hat, neue Akzente zu setzen.

Im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus, der in beiden Ländern sein Unwesen getrieben hat, besteht ein gemeinsames vitales Interesse. Beide Länder haben überdies den gemeinsamen Wunsch, China nicht zur hegemonialen Macht in Asien werden zu lassen. Auch die wechselseitigen wirtschaftlichen Interessen bringen die beiden großen Marktwirtschaften einander näher. Dennoch wäre es voreilig, die vollkommene Harmonie zwischen Washington und Neu Delhi anzunehmen; nirgends zeigt sich das so deutlich wie an der scharfen indischen Kritik – vor allen Dingen aus der Öffentlichkeit und des Parlaments – am Irak-Krieg (die einer ähnlich deutlichen Distanzierung von der NATO-Intervention im Kosovo folgte). Diese Kritik ist Indikator für fortbestehende politische Differenzen, die grundlegende Fragen der Weltpolitik berühren.

Der Report eröffnet mit einem kurzen Abriss der indischen Beziehungen zu den USA nach der Gründung der Indischen Union. Im dritten Kapitel werden die Reaktionen der beiden Staaten auf die Anschläge in beiden Ländern im Herbst 2001 und Frühjahr 2002 nachgezeichnet, im vierten die sich anschließende Vertiefung und der heutige Stand ihrer strategischen und wirtschaftlichen Beziehungen analysiert. Die Grenzen der Harmonie zeigten sich, wie schon erwähnt, in den unterschiedlichen Einstellungen zum Irak-Krieg (Kap. 5); sie haben ihre tieferen Wurzeln im indischen Verhältnis zur (völkerrechtlich verankerten) nationalen Souveränität, die keine derart weitgehenden Relativierungen verträgt, wie die Präventionsdoktrin der Regierung Bush. Damit zeichnet sich eine Konstellation ab, in der ein zwar kooperationswilliges, aber auf seine Selbständigkeit und Handlungsfreiheit bedachtes Indien zugleich die Nähe *und* die Distanz zur angeschlagenen Supermacht sucht.

Für Deutschland und die Europäische Union stellt sich die Frage, wie sie sich zu diesem dynamischen Verhältnis zweier Großmächte positionieren sollen, die – im Verein oder im Gegensatz mit China – bedeutenden Einfluss auf eine Weltpolitik ausüben werden, die sich zunehmend eher im asiatisch-pazifischen als im transatlantischen Raum abspielen wird.

2. Entfremdete Demokratien: Indien und die USA vor dem 11. September 2001

Während des gesamten Kalten Krieges, aber auch in den Jahren unmittelbar nach seinem Ende, überwog in den beiderseitigen Beziehungen eindeutig das politisch Trennende das Verbindende (Kux 1993; Wagner 2005). An sich hätte man annehmen können, dass just wegen der gemeinsamen Basis demokratischer Werte – und weil die USA zunächst die Dekolonialisierung durchaus mit Sympathie bedachten – sich eine enge Freundschaft hätte schmieden lassen müssen. Aber davon konnte keine Rede sein. Indien sah mit zunehmendem Misstrauen, wie die USA das Erbe der Kolonialisten antrat (etwa in Vietnam oder gegenüber dem Iran 1953), während es in seinem eigenen „Hinterhof“ zur Wahrung der Hegemonie demokratisch gewählte Regierungen von Guatemala bis Chile wegputschen ließ. Dass die USA den indischen Erzfeind Pakistan als Verbündeten wählte, trug zu dieser Entfremdung ebenfalls bei.

Washington wiederum hatte kein Verständnis für die indische Position der Blockfreiheit oder für Nehrus Sympathie für das sowjetische Wirtschaftsmodell; zwar gab es in Indien immer ein aktives und robustes Unternehmertum, jedoch lastete angesichts des Enthusiasmus der Führung der Kongress-Partei für den staatlichen Interventionismus die Bürokratie schwer auf dem privaten Sektor. Auch wusste Neu Delhi Moskaus Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen der Dekolonialisierungsperiode zu schätzen. Je mehr die Sowjetunion und die Volksrepublik China (mittlerweile von Indien als Bedrohung begriffen) sich entfremdeten und verfeindeten, je mehr sich umgekehrt nach dem spektakulären Durchbruch von 1971 die USA und China annäherten, desto enger lehnte sich Indien an die Sowjetunion an und desto breiter wurde der Graben zu den USA (Rauch 2008). Moskau war der Hauptwaffenlieferant der indischen Armee, während sich Pakistan in Amerika und China bedienen durfte. Amerikanische Sanktionen gegen das indische Nuklearprogramm, die nach 1974 auferlegt wurden, belasteten das Verhältnis zusätzlich (Perkovich 1999).

Den Höhepunkt erreichten die Spannungen, als Nixon 1971 einen nuklear bewaffneten Flugzeugträger in den Golf von Bengalen schickte, um zu signalisieren, dass die USA nicht neutral bleiben würden, wenn Indien nach seiner Intervention in Ostpakistan auch gegen den Westen eine Offensive ausführen würde. Die indische Regierung interpretierte dieses Flottenmanöver als nukleare Drohung. Diese Erfahrung trug zu dem Entschluss bei, drei Jahre später einen Nukleartest durchzuführen (Gandhi 2002).

Noch in den neunziger Jahren fühlte sich Indien von den USA bedrängt: Den jährlichen Resolutionen im Kongress, die das indische Vorgehen in Kaschmir verurteilten, stand keine vergleichbare Kritik an Pakistan gegenüber (die propakistanische Kaschmir-Lobby war zu dieser Zeit in Washington sehr stark); den von pakistanischem Territorium ausgehenden Terrorismus in Kaschmir übersah man in Washington geflissentlich. Außerdem übte Washington kräftigen diplomatischen Druck aus, um Indien in den Nichtverbreitungsvertrag und später auch in den Teststoppvertrag zu zwingen (Hathaway 2001). Indien sah sich gegenüber China ungleich behandelt und nahm auch

mit Missfallen zur Kenntnis, dass Washington wenig tat, um das voranschreitende pakistanische Kernwaffenprogramm zu stoppen, und der chinesischen Unterstützung für dieses Programm ohne größere Proteste zuschaute.

Erst nachdem die rasante wirtschaftliche Entwicklung Indiens und sein Durchbruch zum Status als Kernwaffenstaat (1998) die amerikanische Wahrnehmung der neuen Macht auf dem Subkontinent fundamental verändert hatte, begann das Tauwetter. Dies zeigte sich an der Parteinahme der USA für Indien, als Pakistan 1999 in die Region Kargil im Karakorum eindrang, um dort eine strategisch wichtige Verbindungsstraße in die Hand zu bekommen. Die USA wie auch die internationale Gemeinschaft, verurteilten damals Pakistans Versuch, die Kaschmirfrage durch einen unerklärten Angriffskrieg zu internationalisieren; nach einer persönlichen Intervention des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton zog Islamabad seine Truppen zurück (Ganguly 2006a: 48f). Die Unterstützung Washingtons kam zu diesem Zeitpunkt für die indische Regierung völlig unverhofft, und löste in der Indischen Union ein durchweg positives Echo aus (Mohan 2006: 27). Clintons anschließender Staatsbesuch in Neu Delhi 2000, der erste eines amerikanischen Präsidenten seit zweiundzwanzig Jahren (Adhikari 2004: 160), bei dem sich Amerika die indische Position in der Kaschmirfrage zu eigen machte, markierte einen Wendepunkt in den indisch-amerikanischen Beziehungen (Kronstadt 2007: 9). Seither verbesserte sich das Verhältnis merklich. Mit dem 11. September 2001 gewann es einen neuen strategischen Charakter (Überblick: Adhikari 2004).

3. Gemeinsam gegen den Terrorismus: Der indisch-amerikanische Schulterschluss

3.1 Indien und der Terrorismus

Das Leiden am Terrorismus stellte mit dem 11. September eine Gemeinsamkeit zwischen beiden Staaten her. Die terroristische Plage hat Indien seit der Staatsgründung kontinuierlich heimgesucht (Wagner 2003: 13). Drei politische Führer(innen) Indiens, Mahatma Gandhi, Premierministerin Indira Gandhi und ihr Sohn Rajiv, gleichfalls amtierender Premier, fielen von terroristischer Hand. Der Hintergrund war jedes Mal verschieden: Der Mahatma wurde von einem fanatischen Hindu getötet; seither gab es einen kontinuierlichen Fluss von nationalhinduistischem Terror (gegen Moslems, Christen, aber auch gegen säkulare, versöhnungswillige Hindus), der gelegentlich, namentlich gegen Moslems, in regelrechte organisierte Pogrome eskalierte. Indira Gandhi ermordeten zwei Mitglieder ihrer Sikh-Leibwache auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen im Pandschab, wo eine Terrorserie in offenen Guerillakrieg gemündet war. Rajiv Gandhi wurde Opfer einer tamilischen Attentäterin. Die nach Unabhängigkeit oder eigener Bundesstaatlichkeit strebenden Stämme in Ostindien bewegten sich in ihrem Ansinnen zwischen legalem Protest, Guerilla und Terror. Die Kombination von Guerillakrieg und terroristischen Anschlägen kennzeichnet auch die Strategie der maoistischen Naxaliten-Bewegung in Zentralindien (Müller 2006, 101–132). Indien kennt also den Terrorismus seit jeher.

Bei den soeben genannten Terrorakten handelte es sich indes um „hausgemachte“ Probleme, während heute der transnationale Terrorismus im Mittelpunkt der indischen Bedrohungsanalysen steht. Aber auch mit dieser Spielart hat Indien – früher als andere Länder – seine Erfahrungen gemacht. Denn die größte Sorge bereitet der Unionsregierung derzeit der islamistische Terrorismus, der seinen Schwerpunkt in Kaschmir hat. Diese Sorge ist gestiegen, seit sich erweist, dass es mittlerweile islamistische terroristische Zellen mit vermuteten Auslandskontakten auch in anderen Regionen Indiens zu geben scheint. Dort hatte es zwar regelmäßig Zusammenstöße zwischen der hinduistischen Mehrheits- und der moslemischen Minderheitsbevölkerung gegeben, die übrigens mehrheitlich von fanatischen Hindus ausgelöst worden waren. Von den Moslems ausgehende terroristische Operationen waren indes – erstaunlich genug bei einer über das Land verteilten Minderheit von mehr als 120 Millionen Moslems – bis in die letzten Jahre hinein (verglichen mit Jammu und Kaschmir) relativ selten geblieben.¹ Die blutigen Anschläge in Mumbai im November 2008 haben demonstriert, dass diese Zeiten erst einmal vorbei sind.

Der islamistische Terrorismus ist nicht nur wegen der transnationalen Vernetzung der Terror-Netzwerke und der Rekrutierungschancen unter unzufriedenen jungen Moslems so brisant (deren Lebens- und Aufstiegschancen im Schnitt hinter denen gleichaltriger Hindus zurückbleiben). Den Nährboden des gegen Indien gerichteten militanten islamischen Fundamentalismus bietet vor allem der anhaltende indisch-pakistanische Streit um die Kaschmir-Region, der bislang zu drei Kriegen (1947/48, 1965, 1999) zwischen den beiden benachbarten Atommächten geführt und diese 1990, 1999 und 2001/2002 an den Rand eines Nuklearkrieges gebracht hat (Ganguly 2006a: 45).² Dieser Terrorismus gewinnt seine Stärke und Beharrlichkeit durch das Vorhandensein sicherer Basen in Pakistan und durch die gezielte Unterstützung durch den pakistanischen Geheimdienst, vor allem durch logistische Hilfe bei der Grenzüberschreitung, die Aufwendung monetärer Mittel, die Einrichtung von Ausbildungscamps und die Ausstattung mit Waffen (Wagner 2003: 13; Ganguly 2001). Inwieweit der pakistanische Geheimdienst ISI vollständig von der Zentralregierung zu kontrollieren ist, ist eine offene Frage, ebenfalls ob und inwieweit Al Qaida oder andere islamistische Gruppen den Dienst bereits penetriert haben. Für Indien jedenfalls bedeutet die sichere Auslandsbasis dieser Terroristen auf dem Boden eines verfeindeten Kernwaffenstaates ein enormes Sicherheits- und Stabilitätsproblem. Die Transnationalität des islamistischen Terrorismus hat daher für Indien einen besonders bedrohlichen Aspekt.

1 Alleine im Jahr 2008 wurden wenigstens zehn von islamischen Terroristen verübte Anschläge außerhalb der Region Jammu und Kaschmir gezählt. Detailliertere Informationen sind auf der Homepage des South Asia Terrorism Portals zu finden http://satp.org/satporgtp/countries/india/database/OR_9-11_majorterroristattacks.htm (01.12.2008).

2 Während der letzten zwanzig Jahre hatte der Kaschmir-Konflikt in Indien etwa 60.000 Menschen das Leben gekostet (Kronstadt 2007: 51). Genau Opferdaten findet man beim South Asia Terrorism Portal unter <http://satp.org/satporgtp/countries/india/database/indiafatalities.htm> (18.09.2008).

Der Anschlag auf das Weltkulturerbe *Red Fort* in Delhi (The Hindu 2000) und die Entführung des *Fluges 814* nach Kandahar (Swami 2000; Embassy of India 2000) sind nur zwei prominente Beispiele für die Bandbreite terroristischer Aggression, der sich die indische Bevölkerung bereits vor den Anschlägen vom 11. September 2001 ausgesetzt sah. Von daher besteht ein vitales Interesse Indiens an internationaler Zusammenarbeit in der Terrorbekämpfung. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 ergab sich plötzlich eine bis dahin nie erreichte Koinzidenz der Interessen Indiens und der Vereinigten Staaten.

3.2 Die Folgen des 11. Septembers 2001

Die U.S.-Regierung reagierte entschlossen auf die Anschläge im eigenen Land und rückte den „war on terror“ ins Zentrum ihrer außen- und sicherheitspolitischen Erwägungen. So erklärte Präsident George W. Bush in seiner berühmten Rede vom 20. September 2001, dass man nicht ruhen werde, bis der transnationale Terrorismus ausgeremert sei und stellte die globale Staatengemeinschaft dabei vor eine unbequeme Wahl: „Either you are with us, or you are with the terrorists“ (The White House 2001).

Vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen mit dem Terrorismus fiel es Indien nicht schwer, sich zu positionieren, eröffnete sich doch erstmalig die Gelegenheit zum Schulterschluss mit der größten Militärmacht der Welt auf der Basis konvergierender Interessen. In einem persönlichen Brief, den der damalige indische Premierminister am 12. September 2001 an Präsident George W. Bush richtete, brachte dieser umgehend sein Entsetzen über die Anschläge des Vortages zum Ausdruck und sprach den Betroffenen sein Mitgefühl aus. Zugleich wies Vajpayee auf die Notwendigkeit hin, die gemeinsamen Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus zu vergrößern:

„We stand ready to cooperate with you in the investigations into this crime and to strengthen our partnership in leading international efforts to ensure that terrorism never succeeds again“ (Press Information Bureau, India 2001a).

Die indische Regierung unter der Führung der hindu-nationalistischen BJP setzte große Hoffnungen in das Bekenntnis der USA, den Terror in all seiner Form zu bekämpfen, weil man den Begriff *Terror* mit der Unterstützung gleichsetzte, die Islamabad diversen islamischen Terrororganisationen gewährte (Clad 2002: 17). Demzufolge identifizierte der damalige indische Außenminister Jaswanth Singh die Keimzelle des transnationalen Terrorismus in Pakistan:

„For many years, we had known what Pakistan is doing – the spread of the Taliban, and the training camps which were the centers of training of terrorists. The whole world knew that these camps had been training terrorists not only from Pakistan and Afghanistan, but also from diverse parts of the world“ (Ministry of External Affairs, India 2001a).

Der Aussage seines Außenministers fügte Vajpayee zwei Tage später in seiner Ansprache an die Nation noch Folgendes hinzu:

„[...] we in India have been alerting others to the fact that terrorism is a scourge for all of humanity, that what happens in Mumbai one day is bound to happen elsewhere tomorrow, that the poison that propels mercenaries and terrorists to kill and maim in Jammu and Kaschmir will impel the same sort to blow up people elsewhere“ (Ministry of External Affairs, India 2001b).

Die politischen Entscheidungsträger in Neu Delhi versuchten also, die Ereignisse vom 11. September 2001 zu nutzen, um die dadurch entstandene Aufmerksamkeit der internationalen Staatengemeinschaft auf das Problem des grenzüberschreitenden Terrorismus im eigenen Land zu lenken, näher an die USA heranzurücken, Pakistan zu diskreditieren und zumindest indirekt auf eine Lösung der Kaschmirfrage zu ihren Gunsten hinzuwirken (Wagner 2003: 23). Eine Allianz zwischen Indien und den USA im Kampf gegen Terrorismus schien diese Ziele nach den Überlegungen in Neu Delhi voranbringen zu können. Auf der Basis dieser Kalkulation sagte die indische Regierung den USA nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in einer beispiellosen Solidaritätsbekundung umgehend und ohne Vorbehalt ihre volle Unterstützung zu. Man bot den USA sogar an, indische Stützpunkte als Basis für Anti-Terror-Operationen zu nutzen (Kronstadt 2007: 9).

Obwohl Washington das indische Angebot dankend ablehnte, nahm man es doch sehr wohlwollend zur Kenntnis (Ganguly 2006b: 22). Indien war aufgrund seiner geographischen Lage als Aufmarschgebiet gegen das afghanische Taliban-Regime ungeeignet. Stattdessen bedienten sich die Vereinigten Staaten der Hilfe Pakistans, dessen unmittelbare Nachbarschaft zum Taliban-Staat es zum besten Ausgangspunkt für Operationen machte. Washington brauchte die Unterstützung des damaligen Präsidenten Pervez Musharraf bei der Suche nach Osama Bin Laden und anderen Terroristen, die sich auf pakistanischem Territorium aufhalten sollten. Ebenso zum Sturz der Taliban und bei dem anschließenden Versuch, Afghanistan zu befrieden und die Radikalisierung der islamischen Bevölkerung in Pakistan zu verhindern (Carter 2002: 42). Folglich wurde nichts aus der indischen Hoffnung, die USA würden Pakistan im Zuge ihrer Anti-Terror-Kampagne ins Visier nehmen oder gar auf die Liste der so genannten Schurkenstaaten setzen. Dafür war Pakistan den USA als strategischer Partner zu wichtig. Ironischerweise führte die Einbeziehung Islamabad in die Anti-Terror-Allianz durch die USA zu dem Ergebnis, dass sich die Erzrivalen Indien und Pakistan zum ersten Mal seit ihrer Unabhängigkeit offiziell auf der gleichen Seite des Schützengrabens befanden (Feinstein 2002: 11). Dieser Umstand stieß in Neu Delhi jedoch auf starke Vorbehalte, da die indische Regierung Pakistan in Bezug auf den transnationalen Terrorismus als virulentes Problem und nicht als Teil der Lösung ansah (Wagner 2003: 13).

3.3 Die neue Terrorwelle in Indien und die amerikanische Reaktion

Bereits wenige Wochen nach dem 11. September 2001 brach erneut eine Terrorwelle über Indien herein. Diese nahm ihren Anfang mit einem Selbstmordschlag auf das indische Regionalparlament in Srinagar, der über dreißig Tote und etwa doppelt so viel Verletzte zur Folge hatte (Müller 2006: 213). Zu dem Bombenattentat bekannte sich die militante islamische Terrororganisation Jaish-e-Mohammad (JeM, „Armee des Propheten Mohammed“), die in der zu Pakistan gehörigen Kaschmir-Region beheimatet ist (The Hindu 2001a; Wagner 2006: 199). Indien sah jedoch von einem Vergeltungsschlag ab, der von Kreisen in Jammu und Kaschmir energisch eingefordert wurde (Müller 2006: 213). Die indische Regierung wartete zunächst ab; sie vertraute darauf, dass die USA die jüngsten Ereignisse zum Anlass nehmen würden, um den Verantwortlichen in Islamabad klar zu

machen, dass ihr ambivalentes Verhalten im Umgang mit dem transnationalen Terrorismus nicht tolerierbar sei. Indien berief sich in seinem Ansinnen, Unterstützung gegen Pakistan zu erhalten, auf die UN-Sicherheitsratsresolution 1373, die kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf amerikanisches Betreiben verabschiedet worden war (Muralidharan 2002). Darin kommt die Erwartung zum Ausdruck, dass alle Staaten

„es unterlassen werden, Einrichtungen oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind, in irgendeiner Form aktiv oder passiv zu unterstützen, [...] die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Begehung terroristischer Handlungen zu verhüten [...], denjenigen, die terroristische Handlungen finanzieren, planen, unterstützen oder begehen oder die den Tätern Unterschlupf gewähren, einen sicheren Zufluchtsort verweigern werden, diejenigen, die terroristische Handlungen finanzieren, planen, erleichtern oder begehen, daran hindern werden, ihr Hoheitsgebiet für diese Zwecke gegen andere Staaten oder deren Angehörige zu nutzen“ (Vereinte Nationen 2001).

Daher war die Enttäuschung in Indien groß, als Außenminister Jaswanth Singh, der sich Anfang Oktober 2001 auf einem Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten befand, weder U.S.-Präsident George W. Bush noch dessen Außenminister Colin Powell, eine klare Verurteilung der Rolle Pakistans bei der Unterstützung des grenzüberschreitenden Terrorismus abzurufen vermochte (The Hindu 2001b; Muralidharan 2001; Swami 2001). Doch damit nicht genug: Im Oktober 2001 gaben die USA die vollständige Aufhebung der Sanktionen gegen Indien und Pakistan bekannt, welche die Clinton-Regierung aufgrund der Nukleartests beider Länder im Frühjahr 1998 erlassen hatte (Kronstadt 2007). Diese Form der Gleichbehandlung von augenscheinlich ungleichen Staaten wurde in Indien schockiert zur Kenntnis genommen. Sie trübte die Aussicht, durch die USA direkte Unterstützung im Kampf gegen den von pakistanischem Territorium ausgehenden Terrorismus zu erhalten (Feinstein 2002: 7).

Im November 2001 kam es lediglich zu einer relativ allgemein gehaltenen gemeinsamen Erklärung von U.S.-Präsident George W. Bush und dem indischen Premierminister Vajpayee, in der die beiden Staatsoberhäupter betonten, dass der Kampf gegen den transnationalen Terrorismus eine wichtige Triebfeder für die bilateralen Beziehungen ihrer Länder sei und man die gemeinschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet noch intensivieren wolle (The White House 2001b). Tatsächlich wurde noch im selben Jahr die indisch-amerikanische *Defence Policy Group* (DPG) durch ein Treffen in Neu Delhi reaktiviert. Dies war die erste Zusammenkunft seit den indischen Atomtests von Pokhran 1998, bei der man außerdem eine „*defence partnership*“ und einen regelmäßigen Dialog über verteidigungsrelevante Themen vereinbarte und damit die verteidigungspolitische Zusammenarbeit in Schwung brachte (Kronstadt 2007: 10). Zudem hielt man an der *Joint Working Group on Counterterrorism* fest, deren Gründung auf das Jahr 2000 zurückgeht, die aber zunächst Anlaufschwierigkeiten hatte; seither haben regelmäßige bilaterale Treffen stattgefunden (Kronstadt 2007: 9).

Die Geduld Indiens mit seinem pakistanischen Nachbarn wurde erneut auf eine harte Zerreißprobe gestellt, als am 13. Dezember 2001 der aufsehenerregendste Anschlag in der Geschichte Indiens verübt wurde. Dieser galt dem Parlament in Neu Delhi; die indische Regierung verurteilte den Terrorakt als einen direkten Angriff auf Indiens Demokratie aufs schärfste (Ganguly 2006a: 48). Der Einsatz der indischen Sicherheitskräfte konnte

wenigstens das Eindringen der fünf Angreifer in den voll besetzten Plenarsaal verhindern. Während des dreißigminütigen Feuergefechts, bei dem alle Terroristen erschossen wurden, ließen sechs Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes und ein Zivilist ihr Leben, achtzehn weitere Personen wurden zum Teil schwer verletzt (The Hindu 2001c). Wieder zeichnete die pakistanische Terrororganisation Jaish-e-Mohammad für den Anschlag verantwortlich (Ganguly 2008: 36).

Als Reaktion auf die Geschehnisse vom 13. Dezember 2001 wählte Indien eine risikoreiche Antwort, um die eigene Entschlossenheit zu dokumentieren, solche Anschläge in Zukunft nicht mehr hinzunehmen (Sagar 2004: 122). So mobilisierte die indische Regierung ihre Truppen entlang der *Line of Control* (LoC)³ und brachte die Flotte vor der pakistanischen Küste in Stellung, rief den indischen Botschafter aus Islamabad zurück und kappte sämtliche Transportverbindungen zu Pakistan (Ganguly 2006a: 48). Zu diesem Zeitpunkt sprachen sich achtzig Prozent der indischen Bevölkerung für einen Vergeltungsschlag aus (Müller 2006: 213). Selbst die USA räumten Indien das Recht auf Selbstverteidigung ein, wenngleich man in Washington zur Vorsicht mahnte, um eine militärische und womöglich nukleare Eskalation der Situation zu vermeiden (The White House 2001c).

Um die Krise zu entspannen und die indische Regierung zu beschwichtigen, machten die USA erstmals Islamabad für den grenzüberschreitenden Terrorismus verantwortlich und nötigten Präsident Musharraf das Versprechen ab, den ständigen Anschlägen in Kaschmir ein Ende zu setzen (Mohan 2006: 20). Dieser erklärte sich am 12. Januar 2002 bereit, eine Reihe islamistischer Terrororganisationen im eigenen Land zu verbieten und deren Bankkonten einzufrieren (Wagner 2003: 24). Dazu gehörten auch die berüchtigten JeM und LeT.⁴ Zudem nahmen auch die USA nach intensivem Drängen Indiens diese beiden Gruppen in die vom State Department geführte Liste der *Foreign Terrorist Organizations* auf (Ganguly 2008: 36).

In Indien setzte man kein Vertrauen in Präsident Musharrafs Versprechen, der Infiltration durch islamische Terroristen über die indisch-pakistanische Grenze Einhalt gebieten zu wollen. Vielmehr war man in Neu Delhi davon überzeugt, dass sich Pakistans Einstellung bezüglich des grenzüberschreitenden Terrorismus keinesfalls gewandelt hatte (Ministry of Defence, India 2002: 4). Folgerichtig verschärfte sich die Krise, als am 14. Mai 2002 ein Anschlag auf eine indische Militärbasis in der Nähe von Jammu verübt wurde, für den drei Mitglieder der LeT die Verantwortung trugen (Ganguly 2008: 36; Swami 2002). Diese entführten zunächst einen Bus in Kaluchak, erschossen mehrere Insassen und zwangen den Fahrer, ein nahe gelegenes Armee-Camp anzusteuern. Dort

3 Als *Line of Control* bezeichnet man den militärisch kontrollierten Grenzverlauf zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir.

4 Die Abkürzung LeT steht für Lashkar-e-Toiba („Armee der Reinen“). Beide Gruppen nannten sich nach ihrem Verbot im Januar 2002 jedoch einfach in Anjuman Khuddam-i-Islam (vorher JeM) und Jamaat-du-Dawa (vorher LeT) um und existieren seither weiter (Wagner 2006: 199). Im weiteren Verlauf des Reports werden deshalb auch für die Folgezeit die alten Namen beibehalten.

drangen die mit Granaten und Maschinengewehren bewaffneten Angreifer gewaltsam in die Familienquartiere ein, wo sie sich ein mehrstündiges Feuergefecht mit Angehörigen der indischen Armee lieferten (The Hindu 2002a). Dem Anschlag fielen insgesamt zweiunddreißig Menschen zum Opfer, darunter elf Frauen und elf Kinder. Hinzu kamen über dreißig zum Teil schwer Verletzte.

Nachdem sich so Präsident Musharrafs Versprechen, dem grenzüberschreitenden Terrorismus mit aller Entschlossenheit zu begegnen, aus indischer Sicht als Lippenbekenntnis erwiesen hatte, schien der allseits befürchtete Krieg der beiden benachbarten Kernwaffenstaaten kurz bevorzustehen.⁵ Eine Presseerklärung von Premierminister Vajpayee, die dieser nur wenige Tage nach dem Anschlag von Kaluchak abgab, nährte diese Befürchtungen:

„The terrorist attack at Kaluchak was designed to demoralise the people of India and our security forces. [...] The same sinister design was also evident from the terrorist attacks on J&K Legislative assembly in Srinagar on October 1 and on Indian Parliament on December 13. These acts of violence are a part of the twenty-year-long campaign of terrorism, extremism and subversion in J&K and in other parts of India, planned, aided and abetted from across the border. We will not let Pakistan carry on with its this proxy war against India any longer. [...] India has accepted the challenge thrown by our neighbour and we are preparing ourselves for a decisive victory against the enemy“ (Press Information Bureau, India 2002).

Die USA unternahmen erneut große Anstrengungen, um zu verhindern, dass der erneute Ausbruch terroristischer Gewalt in Indien nicht zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den beiden Nuklearmächten führte. Einerseits bekundete U.S.-Präsident Bush in einem Telefongespräch mit Indiens Premierminister Vajpayee sein Entsetzen über die Ereignisse, die sich in Kaluchak zugetragen hatten, und brachte sein Verständnis für die angespannte Situation zum Ausdruck, in der sich die indische Regierung zu diesem Zeitpunkt befand. Dabei vermied er es, die politischen Entscheidungsträger in Neu Delhi zur Zurückhaltung zu ermahnen (The Hindu 2002b). Andererseits verkündete die Pressestelle des Weißen Hauses noch am selben Tag, dass sich die USA für eine friedliche Lösung der bilateralen Spannungen zwischen Indien und Pakistan einsetzen würden (The White House 2002). Indes wurden innerhalb der oppositionellen indischen Kongresspartei die Stimmen immer lauter, die den Nutzen der Anti-Terror-Allianz in Frage stellten (Lok Sabha 2002: Shrimati Sonia Gandhi). Zudem warf man den USA vor, bei der Beurteilung des transnationalen Terrorismus zweierlei Maßstäbe anzulegen, da man Pakistan weiterhin als Verbündeten ansehe (Wagner 2003: 13).

5 Bereits am 13. Juli 2002 verübten pakistanische Terroristen einen weiteren Anschlag auf indischem Territorium. In diesem Fall handelte es sich um ein rein ziviles Ziel, genauer gesagt um eine Wohnsiedlung in Qasimnagar (Ministry of Defence, India 2003: 3).

3.4 Das amerikanische Dilemma und der indische Positionsgewinn

Mehr als den politischen Verantwortlichen in Neu Delhi bewusst war, hatten die Geschehnisse des 11. Septembers 2001 zu einer Neueinschätzung des von Pakistan geförderten grenzüberschreitenden Terrorismus durch die USA geführt, wonach von dort alsbald eine direkte Bedrohung für Amerika ausgehen könnte. Insofern stellten die regionalen Probleme auf dem Subkontinent für die USA ein diplomatisches Dilemma dar. Einerseits brauchte man Pakistan aus strategischen Gründen als Alliierten im „war on terror“, andererseits wollte man weder Indien verprellen noch den grenzüberschreitenden Terrorismus mit zweierlei Maß messen (Clad 2002: 20). Ein Krieg zwischen den beiden Erzrivalen wäre für die USA jedenfalls die denkbar ungünstigste Alternative gewesen. Schließlich hätte eine Eskalation der Ereignisse zu einer Destabilisierung der gesamten Region geführt und damit den Kampf gegen den transnationalen Terrorismus sowie das afghanische Taliban-Regime zusätzlich erschwert. Dies musste unter allen Umständen verhindert werden. Daher erhöhte Washington den diplomatischen Druck auf Islamabad und warf all seinen politischen Einfluss auf dem asiatischen Subkontinent in die Waagschale, um die bevorstehende Katastrophe noch abzuwenden.

Ob die amerikanischen Bemühungen letztlich den alleinigen Ausschlag gaben, der Indien davon abhielt, mit aller Härte auf die ständigen Provokationen von pakistanischer Seite zu reagieren, kann nicht abschließend beantwortet werden. Sicherlich spielte auch die Tatsache eine Rolle, dass Indien zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage gewesen wäre, einen entscheidenden konventionellen Militärschlag gegen Pakistan auszuführen. Überdies sollte die Abschreckungswirkung des beiderseitigen Besitzes von Atomwaffen nicht unterschätzt werden (Ganguly 2008: 37).

Der von Pakistan ausgehende grenzüberschreitende Terrorismus ging seitdem erkennbar zurück, wenngleich er keineswegs vollständig aufhörte. Zudem stellte Islamabad die Sympathien für die so genannten „Freiheitskämpfer“ nicht mehr so offen zur Schau und erklärte offiziell, dass man jegliche Unterstützung für terroristische Organisationen eingestellt habe (Ganguly 2006a: 50). In Neu Delhi vertrat man jedoch weiterhin die Ansicht, dass nahezu jeder Akt grenzüberschreitenden Terrors die Handschrift der pakistanischen Regierung trage. Pakistan wurde demzufolge nach wie vor als die Brutstätte des transnationalen Terrorismus in der Region und darüber hinaus angesehen (Ministry of Defence, India 2003: 2). Aus diesem Grund stationierte Indien noch Jahre nachdem die Terrorwelle 2001/2002 verebbt war etwa 250.000 Soldaten in der Kaschmir-Region (Ganguly 2006a: 49). Damit ist das indische Militär anders als zu jener Zeit auf den Ernstfall gut vorbereitet und könnte umgehend auf eine neuerliche Bedrohung seiner vitalen Sicherheitsinteressen reagieren.

Indien hat sich mittlerweile damit abgefunden, dass es die amerikanische Regierung nicht zu einem Bruch mit Pakistan kommen lassen will. Der indischen Kooperation mit den USA in der Terrorbekämpfung ist dies nicht abträglich. Die indischen und amerikanischen Geheimdienste tauschen laufend ihre einschlägigen Erkenntnisse aus – ein zu Zeiten des Kalten Krieges undenkbarer Vorgang. Indien unterstützt die amerikanische Afghanistan-Politik und zählt zu denjenigen Ländern, die mit der Regierung Karsai die

engsten Beziehungen unterhalten und auch großzügig Wirtschaftshilfe geben. So hat Indien seit dem Fall des Taliban-Regimes in Afghanistan bereits über 650 Millionen Dollar in den Aufbau des Landes investiert (Mohan 2006: 23). Natürlich nutzt Indien damit die Chance, die pakistanische Position in Afghanistan zu schwächen.

Alles in allem kann die Entscheidung der indischen Regierung als politischer Erfolg gewertet werden, sich im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus an die Seite der USA gestellt und so eine gleichgewichtigere Politik der USA in Südasien veranlasst zu haben: Die USA bezeichneten die Wahlen in Jammu und Kaschmir im Herbst 2002 erstmals als „frei und fair“, und sie verlangten in aller Klarheit von ihrem Verbündeten Musharraf, den von pakistanischem Territorium ausgehenden grenzüberschreitenden Terrorismus zu bekämpfen. Das brachte Indien in eine aussichtsreiche Position für zukünftige Verhandlungen mit seinem westlichen Nachbarn. Zudem bereitete die Anti-Terror-Allianz, die im Anschluss an die Anschläge vom 11. September 2001 geschmiedet und im Zuge der Terrorwelle 2001/2002 in Indien noch gefestigt wurde, den Boden für den Ausbau der bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Neu Delhi auch auf anderen Gebieten.

4. „Natürliche Freunde“ oder strategische Partner?: Die neuen indisch-amerikanischen Beziehungen (2001–2008)

Der indisch-amerikanische Schulterschluss im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus öffnete den Weg zu einer strategischen Partnerschaft, die Washington und Neu Delhi im Jahr 2004 offiziell eingegangen sind, und die ebenso auf geteilten strategischen und wirtschaftlichen Interessen wie auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit basiert (Kronstadt 2007).

4.1 Handelsbeziehungen und militärische Zusammenarbeit

Der Besuch von George W. Bush in Indien im März 2006 dokumentierte, in welchem Maße sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessert haben. Zwar kam es in mehreren Städten zu Massendemonstrationen (mit hoher Beteiligung indischer Moslems) gegen den amerikanischen Gast, aber die politische Klasse Indiens bot ihm ein warmes Willkommen. Als Höhepunkt der Visite galt die Unterzeichnung des zweiseitigen Nuklearabkommens, das freilich noch einen mühseligen Weg vor sich hatte, bevor es 2008 in Kraft trat (Müller/Rauch 2007; s.u.).

Die amerikanisch-indischen Handelsbeziehungen entwickeln sich sprunghaft. Seit den sechziger Jahren war ihr Volumen zurückgegangen, um im Laufe der indischen Reformen der neunziger Jahre wieder zuzunehmen und steigerte sich dann im Zuge der verbesserten Gesamtbeziehungen noch deutlicher (Tabelle 1). Die amerikanischen Direktinvestitionen in Indien sind seit 1990 um nahezu das Fünfundzwanzigfache gestiegen, wobei drei Viertel dieses Wachstums seit 2001 vonstatten ging (Martin/Kronstadt 2007: 39).

Indien und Amerika führen gemeinsame Übungen aller Teilstreitkräfte durch. Die indische Marine, die jährliche Manöver mit ihrem amerikanischen Gegenpart bestreitet, leistet der amerikanischen mittlerweile direkte operative Unterstützung, indem sie amerikanische Gütertransporte durch die Straße von Malakka eskortiert oder dort gemeinsam mit Schiffen der siebten Flotte der US Navy patrouilliert (Schreer/Wagner 2005: 2; Ganguly 2006b: 24). Während der Hilfeleistungen unmittelbar nach dem Tsunami im Winter 2005 bewährte sich diese Kooperation, denn beide Marinen waren schnell vor Ort, operierten reibungslos zusammen und stellten die mit Abstand größten Hilfskontingente.

Bemerkenswert war insbesondere die gemeinsame Armeeübung im Hochland von Ladakh (Kaschmir); denn damit wirkten die amerikanischen Streitkräfte demonstrativ am Training ihrer indischen Partner für Einsatzfälle mit, die gegen China oder Pakistan gerichtet sein könnten (Ganguly 2005). Auch die gemeinsamen Übungen der Spezialstreitkräfte, die bereits fünf Mal stattgefunden haben, sind für Pakistan beunruhigend (Kronstadt 2008: 47).

Was die Nachhaltigkeit des indisch-amerikanischen „Taufwitters“ betrifft, so ist der Umschwung in der öffentlichen Meinung Indiens vielleicht der wichtigste Indikator: Umfragen weisen Sympathiewerte für die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren bei zwischen fünfzig und siebzig Prozent aus; angesichts der dramatischen Verschlechterung des amerikanischen Images in den meisten übrigen Teilen der Welt ist dieser Anstieg von Wohlwollen besonders auffällig (Tabelle 3): Indien ist eine der ganz wenigen diplomatischen Erfolgsgeschichten der Bush-Regierung. Im Verhältnis der gegenwärtigen Führungsmacht zu den asiatischen Aufsteigern ist diese Veränderung natürlich von größter Bedeutung.

Tabelle 3: Umfrage in Indien: „Wie stark sind Ihre Sympathien für die USA?“

		Positiv			Negativ			
		Total	Sehr	Etwas	Total	Sehr	Etwas	Keine Meinung
Indien	Frühjahr 2006	56	18	38	28	14	14	16
	Mai 2005	71	29	42	17	9	8	12
	Sommer 2002	54	22	32	27	16	11	19
Source: Pew 2006 http://pewglobal.org/reports/pdf/255topline.pdf (03.11.2008)								

4.2 Das Großmachtdreieck

Dass die Vereinigten Staaten so konsequent auf Indien zugegangen sind, hat nicht nur mit dem „Krieg gegen den Terror“ zu tun: Schließlich hatte sich der amerikanische Politikwechsel bereits vor dem 11.09.2001 abgezeichnet. Im Rahmen der amerikanischen „Grand Strategy“ hatte sich Indiens Position durch seinen neuen Status als Kernwaffen-

macht und durch seine rasante wirtschaftliche Entwicklung entscheidend verändert: War es bis in die neunziger Jahre hinein eine vernachlässigbare Größe, so bot es sich nun zunehmend als nützlicher Helfer im Machtwettbewerb der USA mit dem Herausforderer China an. Indien soll für die USA als Gegengewicht zu China in der südasiatischen Region fungieren, um dessen Einfluss dort einzudämmen (Carter 2002: 41; Burns 2007: 139).

Im Verhältnis zu China spielte Indien seinerseits die amerikanische Karte mit großem Geschick. Die indische Regierung war sich natürlich darüber im Klaren, dass bei aller Betonung gemeinsamer demokratischer Werte für Washington der Nutzen seiner neuen Partnerschaft mit Neu Delhi vor allem in der Rolle Indiens in der asiatischen Gleichgewichtspolitik bestand. Indiens wachsende Stärke neutralisiert wenigstens einen Teil der chinesischen und macht es auf diese Weise für die USA leichter, die eigene Position gegenüber der aufstrebenden Macht in Ostasien zu behaupten. Ein mächtiges Indien bindet durch seine schiere Existenz chinesische Machtressourcen und erleichtert so den USA den Balanceakt in Ostasien und Südostasien, wo die Schutzversprechen gegenüber offiziellen und inoffiziellen Klienten wie Japan oder Südkorea, Singapur oder die Philippinen riskanter werden. Die USA suchen zwar ein annehmbares Verhältnis zu China, möchten aber den indischen „Festlandsdegen“ in der Hinterhand haben. Aufgrund ihrer Schutzmachtfunktion für Taiwan, aber auch weil sie die hegemonialen Chancen Chinas in der für Beijing wichtigsten Region, Ostasien, durch ihre eigenen Ambitionen schmerzlich einschränken, müssen die USA mit einem stärker belasteten Verhältnis zu China leben als Indien.

Indien füllt die Rolle als „Gegenlager“ zu einem chinesischen Übergewicht mit größter Diskretion aus und öffnet sich gleichzeitig chinesischen Avancen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen – etwa bei der Regelung der Grenzstreitigkeiten. Sogar gemeinsame Übungen der Heere und der Marine finden in den letzten Jahren statt (Kronstadt 2008: 22). China versteht natürlich nur zu gut das amerikanische Gleichgewichtsmanöver. Beijing muss unter allen Umständen vermeiden, sich einem starkem amerikanisch-indischen Bündnis mit einer starken militärischen Komponente gegenüber zu sehen. Es ist insofern an einer gedeihlichen Beziehung zum indischen Nachbarn interessiert, wofür im Übrigen auch wirtschaftliche Interessen sprechen, denn der Handel zwischen diesen beiden Wachstumspolen steigt seit wenigen Jahren mit zweistelligen Raten; sein Volumen lag 2007 mit 39 Mrd. US-Dollar in etwa in der Größenordnung des indisch-amerikanischen Handels (Martin/Kronstadt 2007: 37).

Neuerdings unterstützt China gar den indischen Anspruch auf einen permanenten Sitz im VN-Sicherheitsrat (Kronstadt 2008, 23). Indien nähert sich aus eigenem Interesse China an; eine Lockerung der chinesisch-pakistanischen Allianz ist erwünscht, eine Anerkennung indischer Ansprüche auf umstrittene Territorien (die Bundesstaaten Sikkim und Arunachal Pradesh) würde Druck von den Außengrenzen nehmen, und es diene der inneren Stabilisierung, wenn sichergestellt würde, dass aus China keine Unterstützung für die maoistisch orientierte Guerillabewegung der Naxaliten kommt, die gegenwärtig den größten Destabilisierungsfaktor im Innern der Indischen Union darstellt (Emmott 2008).

Indien hat also begreiflicherweise ein Interesse an guten Beziehungen zu beiden Partnern, und wird zugleich von beiden umworben. Sein Verhältnis zu beiden ist besser als

deren Beziehung zueinander. Diese Position erlaubt es, Indien trotz der Annäherung an die Supermacht USA den eigenen Handlungsspielraum zu wahren und zu erweitern. So unterstützt Indien entschieden das amerikanische Projekt einer nationalen Raketenabwehr und verletzt damit ein massives chinesisches Interesse, steht aber andererseits wie China in Opposition zur amerikanischen Irak-Politik (Yuan 2007; s.u.).

4.3 Das Nuklearabkommen und die „indische Lobby“

Welche Vorteile sich für Indien aus dieser klugen Schaukelpolitik ergeben, wurde in Gestalt des amerikanisch-indischen Nuklearabkommens deutlich. Indien gelang es, aufgrund des starken amerikanischen Interesses an einer strategischen Partnerschaft, die jahrzehntelange Isolierung seines zivilen Nuklearprogramms vom internationalen Technologietransfer zu überwinden und de facto (wenn auch nicht de jure) die Anerkennung als Kernwaffenstaat zu erlangen. Die Konzessionen, die Neu Delhi im Gegenzug machen musste – die Unterstellung des von Indien selbst als „zivil“ definierten Teil seines Nuklearprogramms unter Verifikationsmaßnahmen der Internationalen Atom-Energie-Organisation – sind im Vergleich gering. Es erhält Zugang nicht nur zu zivilen Technologie- und Hardwaretransfers aus den USA, sondern aus der gesamten Gruppe der nuklearen Lieferländer; angesichts des erheblichen Missbehagens, das in dieser Gruppe (wie auch im amerikanischen Kongress) über die Änderung wichtiger Grundsätze des nuklearen Nichtverbreitungsregimes bestand, konnte nur die Supermacht diesen Kurswechsel zugunsten Indiens durchsetzen (Müller/Rauch 2007). Mit der Entscheidung der Gruppe der Lieferländer, die einschlägigen Änderungen in den eigenen Richtlinien vorzunehmen, und der Unterschrift Präsident Bushs unter das Abkommen (nach positiven Voten des Kongresses) konnte Premierminister Manmohan Singh den bislang größten Triumph der indischen US-Diplomatie verbuchen. Ohne das Interesse Washingtons, sich Indiens in der Gleichgewichtspolitik gegenüber China zu versichern, wäre dieses Abkommen wohl nicht zu Stande gekommen.

Indien genießt in der Beziehung zu den USA einen asymmetrischen Vorteil im Vergleich zu Pakistan und China. Die starke Einwanderung indischstämmiger Neubürger in die USA – die Diaspora ist auf 2,5 Millionen Indo-Amerikaner angewachsen – hat die Gewichte zwischen der (propakistanischen) Kaschmir-Lobby und dem „Indien-Caucus“ – die Gruppe indischstämmiger Parlamentarier und ihrer politischen Freunde – im Kongress grundlegend und dauerhaft verschoben. Der indische Caucus ist nun bei weitem mitgliedsstärker und – aufgrund der Platzierung vieler indischer Einwanderer unter den „Besserverdienenden“ – auch finanzstärker. Der nunmehr bessere Organisationsgrad der indischen im Vergleich zur pro-pakistanischen Lobby führt dazu, dass der indische Einfluss in Fragen der Südasien-Politik jetzt den Kongress dominiert; dessen Zustimmung zum Nuklearabkommen wäre noch vor zehn Jahren undenkbar gewesen (Banerjee 2000). Man kann mit einiger Sicherheit darauf spekulieren, dass bei etwaigen künftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Indien und den USA dieser Einfluss einen allzu negativen Ausschlag des Politik-Pendels auf Capitol Hill verhindern wird. Angesichts der Erwartung, dass unter dem Druck der Wirtschaftsprobleme der Protektionismus in den

USA stärker wird und Indien den amerikanischen Markt braucht, um das eigene Wachstum zu unterfüttern, ist das ein erheblicher Vorteil; die China-Lobby ist erheblich schwächer, und den USA steht kein vergleichbarer Einflusskanal auf die indische Lok Sabha, dem indischen Parlament, zur Verfügung.

4.4 Die Grenzen der Partnerschaft

Aus all dem könnte man den Schluss ziehen (wie es manche Beobachter tun), dass Indien und die USA „natürliche Freunde“ seien: Zwei Demokratien mit denselben Gegnern (China, islamistischer Terrorismus), gleichen Werten, transnationalen Vernetzungen und einem Einklang der wirtschaftlichen Interessen (Burns 2007). Genau aus dieser Erwartung heraus baute man in Washington darauf, dass Indien zukünftig seine Prinzipien der Nichteinmischung und des Multilateralismus etwas lockern und sich auch an militärischen Missionen außerhalb des UN-Rahmens beteiligen würde (Carter 2002: 43). Diese Hoffnung erwies sich aus zwei Gründen als voreilig. Zum einen gibt es nicht unerhebliche, weiterbestehende Interessendivergenzen. Zum anderen existieren in der Weltsicht und im Selbstbild Indiens wichtige Faktoren, die einen allzu engen Schulterschluss mit den USA – außer im Falle extremer Bedrohung – als unwahrscheinlich erscheinen lassen.

In Fragen der Weltwirtschaftsordnung finden sich die beiden Länder – gemessen jedenfalls an den Erfahrungen der letzten Welthandelsrunden – in unterschiedlichen Lagern. Die USA haben dort beharrlich die traditionelle Politik fortgesetzt, lautstark nach Marktöffnung zu rufen, wenn es den Interessen der westlichen Gruppe entspricht (Geistiges Eigentum), sich zugleich jedoch der Liberalisierung zu sperren, wenn eigene Schutzbefohlene Probleme mit der Konkurrenz aus Entwicklungs- und Schwellenländern hätten (Landwirtschaft, Textilien, Outsourcing-Dienstleistungen, d.h. die Verlagerung von Dienstleistungsaufträgen wie Call Centers ins Ausland). In dieser Auseinandersetzung erwies sich Indien als der härteste Widersacher des westlichen Agrarprotektionismus. Dass in Doha kein Kompromiss zugunsten des Westens zu Stande kam, ist zu hohen Graden das Ergebnis der indischen Verhandlungsposition. Die Bedeutung dieser Positionsdifferenzen darf nicht unterschätzt werden, zumal sie auch im bilateralen Handel Streitpunkte bilden. Zum einen geht es dabei um handfeste indische Interessen, deren Bedeutung in dem Maße steigt, wie Indien sich als Weltwirtschaftsmacht etabliert, während zugleich der landwirtschaftliche Sektor mit seinen sozialen Verwerfungen das größte Sorgenkind der indischen Binnenwirtschaftspolitik bleibt. Zum anderen schlägt sich hier auch der indische Anspruch auf historische Gerechtigkeit und massive Mitsprache des Südens bei der Gestaltung des Weltwirtschaftssystems nieder, dessen vom Westen installierte Schlagseite zugunsten der Industrieländer aus indischer Sicht der Korrektur bedarf. Indien hat sich längst von den staats-interventionistischen Konzepten der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ aus den siebziger Jahren verabschiedet und redet einer marktgesteuerten Weltwirtschaft das Wort. Die Forderung nach einem angemessenen Ausgleich zugunsten der Entwicklungsländer hat es aber aus diesen früheren Kontroversen mitgenommen und trägt diesen Anspruch nun mit der Wucht eines wirtschaftlich viel stärker gewordenen Verhandlungspartners vor (Ford 2003: Kap. 7). Umgekehrt sind im US-

Kongress Stimmen laut geworden, gegen den neuen strategischen Partner wirtschaftspolitische Vergeltungsmaßnahmen in Anschlag zu bringen, weil er – aus der Sicht der Kongressmitglieder – durch unfaire Praktiken amerikanische Arbeitsplätze vernichte (Martin/Kronstadt 2007: 46–58; Kronstadt 2008: 59f).

In der Menschenrechts- und der Demokratieförderungspolitik folgt Indien der missionarischen Politik der USA nicht, obgleich man sich in gemeinsamen Kommuniqués mit den amerikanischen Partnern mühelos zu diesen Werten bekennt. Zwar ist das Land sehr stolz auf seine stabile Demokratie, schätzt (trotz erheblicher Implementationsschwierigkeiten) die Grundwerte der liberal-demokratischen Ordnung und hat mit den USA den UN Democracy Fund (2005) ins Leben gerufen, der zivilgesellschaftliche Projekte in sich demokratisierenden Gesellschaften fördert (Burns 2007: 140; Kronstadt 2007). Doch sind sich die Inder der eigenen kolonialen Vergangenheit zu sehr bewusst, um den Druck, den die früheren Kolonialmächte auf ihre ehemaligen Kolonien (und andere in der imperialistischen Phase geschädigten Länder wie China oder Iran) auszuüben suchen, zu unterstützen. Hinzu treten geoökonomische und auch geostrategische Interessen (Wettbewerb mit China, Eindämmung Pakistans), die Neu Delhi in einer Reihe von Fragen auf Distanz zu amerikanischen Positionen gehen lässt. Das betrifft den Sudan, Birma, Iran und auch – wenn auch aus Gründen der geographischen Distanz mit geringerer Intensität – die Spannungen, die zwischen den USA und den linksgerichteten Regierungen in Lateinamerika bestehen; das missfällt den amerikanischen Partnern (Burns 2007, 144); Indien ist umgekehrt indigniert über die Beharrlichkeit, mit der Kongress und State-Department Menschenrechtsverstöße in Indien rügen, die zumeist nicht der Bundesregierung zuzurechnen sind, sieht es doch in den USA gleichfalls Minderheiten wie die Afroamerikaner und die Ureinwohner gravierend diskriminiert (Kronstadt 2008: 63ff, 70ff).

Aus dem Iran importiert Indien nennenswerte Mengen; zudem sind die Beziehungen mit dem Mullahstaat traditionell gut, denn der Iran ist Indiens Pforte zur wichtigen Region Zentralasien (einschl. Afghanistan), in der Neu Delhi sowohl wirtschaftliche als auch strategische Interessen hat. Auch bietet der iranische Hafen Chahbahar, der mit indischer Hilfe ausgebaut wird, ein nützliches Gegengewicht gegen den von der chinesischen Marine genutzten Hafen Gwador in Pakistan (Fair 2007). Indien ist zwar durchaus daran interessiert, dass der Iran von einer nuklearen Bewaffnung Abstand nimmt und zeigt damit das typische Verhalten der Kernwaffenstaaten, die – einmal in den Besitz der „Bombe“ gelangt – plötzlich große Sympathien für die Sache der Nichtverbreitung entwickeln. Indien hat daher die Beschlüsse des Gouverneursrats der Internationalen Atom-Energie-Organisation mitgetragen, Iran des Bruchs seiner vertraglichen Verpflichtungen zu bezichtigen (September 2005) und das Dossier an den Sicherheitsrat weiterzugeben (Februar 2006). Die kurzzeitige iranische Irritation darüber hat die Beziehungen indes nicht nachhaltig beeinträchtigen können, und Indien steuert gegenüber dem Iran einen vorsichtigen Kurs, der seine Isolierung und scharfe Sanktionierung vermeidet. Diese Haltung ist nicht nur mit strategischen Interessen, sondern auch innenpolitisch bedingt. Bei der indischen Linken und unter den schiitischen Moslems (Indien besitzt nach dem Iran die größte schiitische Gemeinde der Welt) traf das indische Abstimmungsverhalten in der IAEO auf heftigen Protest (Pant 2007: 508). Indien hat weder auf vorübergehende (milde) wirtschaftliche Sanktionen gegen einzelne indische Unternehmen, die mit dem Iran Ge-

schäfte machten, noch auf scharfe Töne aus dem Kongress oder dem State Department mit einer Strategiewende gegenüber Teheran reagiert. Stattdessen verfolgt es gegen amerikanischen Widerstand das Projekt einer Erdgas-Pipeline von Iran durch Pakistan nach Indien (Kronstadt 2008: 26ff). Dass ausgerechnet während des Bush-Besuches in Südasien die iranische und die indische Marine ihr zweites gemeinsames Manöver durchführten, war eine Demonstration indischer Unabhängigkeit (Pant 2007: 502).

Auch im Sudan hat Indien Interessen im Erdöl- und Erdgassektor. Das indische Staatsunternehmen Oil and Natural Gas Corporation hat dort investiert und Förderkonzessionen erworben. Neu Delhi unterstützt nicht die westlichen Versuche, das Regime in Kartoum, das zu den schlimmsten Menschenrechtsverletzern auf der Welt zählt, unter Druck zu setzen. Das gleiche gilt für den Nachbarn Birma, einem wichtigen Energielieferanten. Den möchte Indien keineswegs durch eine konfrontative Menschenrechtspolitik weiter dem chinesischen Wettbewerber in die Arme treiben, der an der birmesischen Küste einen Marinestützpunkt unterhält. Auch ist die Hilfe Birmas bei der Bekämpfung nordostindischer Separatistengruppen wichtig, die andernfalls unbehelligt vom Territorium des Nachbarstaats aus operieren könnten. Gedeihliche Beziehungen zur Militärjunta Birmas sind daher aus der Sicht Neu Delhis ein unverzichtbarer Teil seiner asiatischen Gleichgewichtspolitik (Mohan 2007). Es hat daher die Menschenrechtsverletzungen der Junta zur „inneren Angelegenheit“ Birmas erklärt und sich so einmal mehr das Missfallen des U.S.-Kongresses zugezogen (Kronstadt 2008: 24ff).

Es zeigt sich hier ein klares Muster: Die Demokratie Indien, die sich trotz interner Defizite, die zu beheben die Bundesregierung Anstrengungen unternimmt, zu den Menschenrechten bekennt, ist der im Westen für richtig gehaltenen Politik, offensive Menschenrechtspolitik auch unter Einsatz von Sanktionen zu betreiben, sichtbar abgeneigt. Das setzt die indische Position in deutliche Distanz zu derjenigen der USA und schlägt sich noch stärker in der Skepsis gegenüber dem Konzept der „humanitären Intervention“ nieder, auf die wir noch zurückkommen (5.3).

Die Unterschiede, die sich hier zwischen Indien und den USA auftun, sind keine Trivialitäten. Nicht umsonst haben Offizielle der Bush-Administration Indien einen „effektiveren Partner der USA, aber auch einen stärkeren Verhandlungsgegner, wenn man nicht übereinstimmt“ genannt und auf dem Weg zu einer „wirksamen globalen Partnerschaft“ noch „erhebliche Hürden“ gesehen (Kronstadt 2008: 15). Es kann daher nicht überraschen, dass selbst im Kerngebiet der Interessenkonvergenz, dem „Krieg gegen den Terror“, eine klare Friktion auftrat und zwar ausgerechnet in der Frage, die das definierende Moment der ganzen Präsidentschaft von George W. Bush darstellt: im Hinblick auf den amerikanischen Krieg gegen den Irak.

5. Indien und der Irak-Krieg 2003

5.1 Der Krieg und das amerikanische Werben um Neu Delhi

Die USA begannen in der zweiten Jahreshälfte 2002, mit der Unterstützung Großbritanniens, große Truppenkontingente in die Golfregion zu verlegen, um eine Invasion des Irak militärisch vorzubereiten. In der Begründung für ihren beabsichtigten Angriff auf einen souveränen Staat verlegte sich die amerikanische Regierung zunächst auf eine Argumentation, bei der vornehmlich auf die Implementierung der UN-Sicherheitsrats-resolutionen 1441 und das völkerrechtlich verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta verwiesen wurde (Brock 2005: 36). Demzufolge warfen die USA dem Irak nicht nur den Besitz von Massenvernichtungswaffen, sondern auch eine Beteiligung an den Anschlägen vom 11. September 2001 vor. Auf dieser Grundlage deklarierte Washington die Entmachtung Saddam Husseins als notwendigen Schritt im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus und zur Wahrung der internationalen Sicherheit.

Beide Anschuldigungen ließen sich jedoch trotz intensiver Bemühungen der USA und ausgedehnter UN-Waffeninspektionen nicht beweisen. Der UN-Sicherheitsrat lehnte es daher ab, eine Resolution zu verabschieden, die ein militärisches Vorgehen gegen den Irak völkerrechtlich legitimiert hätte. Die Bush-Regierung war allerdings fest entschlossen, auch ohne den Segen des Sicherheitsrates ihre Truppen in die Schlacht zu schicken, und rechtfertigte ihr unilaterales Vorgehen mit einer Kombination aus Selbstverteidigungsargumenten und der Absicht, substantiellen Normen, wie Freiheit und dem Recht zu leben, Geltung zu verschaffen (Brock 2005: 36).

Drüber hinaus scharten die USA die so genannte „*Koalition der Willigen*“ um sich. Dies diente in erster Linie dem Zweck, dem bevorstehenden Krieg auch ohne ein UN-Mandat den Schein internationaler Legitimation zu verleihen, und weniger dem Zugewinn an militärischer Schlagkraft. In diesem Zusammenhang warben die USA auch bei der bevölkerungsstärksten Demokratie der Welt um Unterstützung für ihre „*Operation Iraqi Freedom*“. Tatsächlich wäre ein indisches Engagement im Irak-Krieg 2003, nicht zuletzt aufgrund der strategischen Partnerschaft mit den USA im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus, durchaus denkbar gewesen. Darüber hinaus hoffte man in Indien (zumindest mittelfristig) auf amerikanische Rückendeckung bei der Anerkennung des nuklearen Status oder dem Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Eine Zusage aus Neu Delhi, hätte man in Washington daher sicherlich positiv in Rechnung gestellt.

Stattdessen traten die Grenzen der frisch geschmiedeten Anti-Terror-Allianz zwischen Washington und Neu Delhi offen zu Tage. Für einen Augenblick schien die indische Regierung tatsächlich in Versuchung, die Entsendung von Truppen zu erwägen (Mohan 2008).⁶ Sie sah davon jedoch schnell

6 Diese Information geht auf ein aktuelles Konferenzpapier von Raja C. Mohan zurück, der bedauerlicherweise keinerlei Belege für seine Darstellung des indischen Abwägungsprozesses bezüglich einer Beteiligung Neu Delhis am Irak-Krieg 2003 angegeben hat. Da es sich bei Mohan jedoch um einen ausgewiesenen Experten auf dem Gebiet der indischen Außen- und Sicherheitspolitik handelt, der darüber hinaus gute Beziehungen zur politischen Elite in Indien (auch auf Regierungsebene) unterhält, kann man zuversichtlich sein, dass diese Aussage wohl fundiert ist.

ab: Die Opposition in Bevölkerung, Parlament und in der Koalition war zu groß. Zwar wollte die indische Regierung die deutlich verbesserten Beziehungen zu den USA nicht durch harsche Kritik an deren Irak-Feldzug aufs Spiel setzen, eine Beteiligung Indiens am Irak-Krieg 2003 kam allerdings nicht in Frage (Ganguly 2006b: 24).

Aus welchen Gründen die indische Öffentlichkeit und deshalb auch letztlich die Regierung eine Beteiligung am Irak-Krieg 2003 im Einzelnen ablehnte, ist für die amerikanisch-indischen Beziehungen und damit auch für die künftige Weltpolitik von Relevanz. Denn es drängt sich die Frage auf, wie Indien seine Rolle als kommende Weltmacht des 21. Jahrhunderts ausfüllen und sich in zentralen Fragen globaler Ordnung, auch im Verhältnis zu den USA, positionieren wird. In den indischen Debatten zum Irak-Krieg schlugen sich langfristig wirksame Grundzüge der indischen Außen- und Sicherheitspolitik nieder. Sie sind hier von besonderer Aussagekraft, weil den indischen Verantwortlichen voll bewusst war, dass es sich beim Irak-Krieg um das zentrale sicherheitspolitische Projekt des neuerdings hochgeschätzten amerikanischen Partners handelte.

5.2 Die inner-indische Debatte über den Irak-Krieg 2003

Um den Gründen für die indische Ablehnung des Irak-Krieges 2003 mit einiger Präzision auf die Spur zu kommen, bedienen wir uns eines Standardinstrumentes zur Erhebung sozialer Wirklichkeitskonstruktionen: der Inhaltsanalyse⁷. Wir haben die Parlamentsdebatten⁸ und Regierungserklärungen zum Irak-Krieg auf die Argumente hin untersucht, die die Abgeordneten für und gegen eine indische Hilfe für den amerikanischen Krieg ins Feld führten.⁹ Die parlamentarische Debatte ist in einer Demokratie gut geeignet, die im öffentlichen Diskurs „typischen“ Lagebeurteilungen und Zielsetzungen zu repräsentieren:

7 Die Methodik der Inhaltsanalyse wird beispielsweise bei Diekmann 1999, Mayring 2003 oder Rössler 2005 ausführlich erläutert.

8 Wenn von Parlamentsdebatten die Rede ist, sind damit Ober- und Unterhaus der indischen Legislative gemeint. Sowohl das Abgeordnetenhaus (Lok Sabha) als auch die Länderkammer (Rajya Sabha) sind laut Verfassung Teil des indischen Parlaments (Wagner 2006: 44). Zudem wurde in beiden Gremien im Vorfeld des Irak-Krieges 2003 ausführlich über die indische Einstellung zu dem bevorstehenden Einsatz militärischer Gewalt durch die USA und ihre Verbündeten diskutiert. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass man sich in Neu Delhi ernsthaft mit der Frage einer indischen Beteiligung am Irak-Krieg auseinandergesetzt hat, und sich der Erwartungshaltung des amerikanischen Alliierten im Kampf gegen den transnationalen Terrorismus durchaus bewusst war.

9 Die Grundgesamtheit umfasst insgesamt siebzehn Dokumente aus dem Zeitraum vom 04.02.2003 bis zum 28.03.2003, und wurde komplett ausgewertet. Dabei handelt es sich einerseits um Regierungserklärungen (sieben) und andererseits um Debatten in einem der beiden Häuser des indischen Parlaments - Lok Sabha (vier) und Rajya Sabha (sechs) -, bei denen zum Teil deutlich mehr als ein Redner zu Wort kam. Insgesamt beteiligten sich an der Debatte nicht nur die zu erwartenden Sprecher der indischen Regierung, sondern auch ein breites Spektrum von Vertretern der Oppositionsparteien.

Das Parlament stellt die Schnittstelle zwischen Wahlbevölkerung und Regierung dar.¹⁰ In diesem Verhältnis kommt ihm die Funktion der öffentlichen Diskussion und Artikulation zu (Wagner 2001: 195). Dies gilt insbesondere für den Typus des so genannten Redeparlaments, dem Indien eindeutig zuzuordnen ist.

Die Analyse der Debatten ergab, dass sich die Argumente der Parlamentarier in vier großen Kategorien zusammenfassen lassen:

- **Nationale Interessen:** Unter diese Kategorie werden alle Argumente gefasst, in denen ein Sprecher eine indische Beteiligung am Irak-Krieg 2003 entweder aus Gründen der nationalen Sicherheit oder einer Beeinträchtigung der ökonomischen Interessen Indiens befürwortet oder ablehnt.¹¹
- **Allianz:** Darunter fallen all jene Argumente, bei denen die Möglichkeit eines Beitritts zur „*Koalition der Willigen*“ auf der Basis von Indiens Bündnisverpflichtungen oder -neigungen beurteilt wird.¹²
- **Identität:** An dieser Stelle sind diejenigen Argumente von Bedeutung, anhand derer eine potentielle indische Beteiligung an der „*Operation Iraqi Freedom*“ auf der Grundlage des nationalen Selbstbildes und der Rolle Indiens im internationalen Staatensystem bewertet wird.¹³
- **Völkerrecht:** Als völkerrechtliche Argumente werden alle Aussagen gewertet, in denen auf die Recht- oder Unrechtmäßigkeit des Irak-Krieges 2003 aufgrund der Geltung allgemein anerkannter Grundsätze des Völkerrechts oder den Normen, Regeln und Prinzipien der UNO verwiesen wird.¹⁴

Mithilfe dieser Kategorien wurden die Beiträge der Debattenredner in einem zweiten Durchgang einer quantitativen Inhaltsanalyse unterzogen, d.h. die Häufigkeit, mit der die Kategorien in den Argumentationen der Parlamentarier auftreten, wurde gemessen. Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse sind in vielerlei Hinsicht aufschlussreich. Besonders be-

10 Dabei ist es weitgehend unerheblich, ob die politischen Verantwortlichen selbst von den Argumenten überzeugt sind, die sie für oder gegen eine bestimmte Politik ins Feld führen. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass in Demokratien (in denen Politiker auf die Unterstützung ihrer Wählerschaft angewiesen sind) vernünftigerweise auf allgemein anerkannte Begründungszusammenhänge rekurriert wird.

11 Beispiel: „Apart from the immediate consequences of military action, there are long-term implications for stability and security in an already volatile region“ (Ministry of External Affairs, India 2003b).

12 Beispiel: „Iraq has been steadfastly a very good friend of India. India has trained her armed forces. So, this is the time when we must stand by Iraq and stop this misadventure in tandem of USA and UK“ (Lok Sabha 2003c: Shri K.P. Singh Deo).

13 Beispiel: „[...] we as a nation, believing in non-alignment, peace and disarmament - of course that is being jettisoned - should in one voice, from this House and Parliament express our solidarity with the freedom loving people of Iraq. We must oppose the hegemonistic approach of USA“ (Lok Sabha 2003b: Vijay Kumar Malhotra).

14 Beispiel: „The Government of India must prevail and impress upon the world community that the solution lies not in unilateral action and that a solution should be found through the mechanism and modality of the Security Council Resolutions of the United Nations“ (Rajya Sabha 2003e: Shri Jibon Roy).

merkwürdig ist zunächst einmal die Tatsache, dass während der gesamten Debatte *kein einziges* Argument ins Feld geführt wurde, mit dem ein Sprecher *für* eine indische Beteiligung am Irak-Krieg 2003 plädierte. Dies zeigt bereits, dass weder die indische Regierung noch deren Opposition in der Bündnissolidarität mit den USA einen möglichen Grund für die Unterstützung des Irak-Feldzuges identifizierten. Eine solch klare Haltung konnte man vor dem Hintergrund des gemeinsamen indisch-amerikanischen Kampfes gegen den Terrorismus nicht unbedingt erwarten. Indes konstatierte der damalige indische Außenminister Shri Yashwant Sinha:

„We have worked hard to improve our relationship with the U.S. In the last few years, that relationship has been transformed and we have much more understanding now. We are interested in maintaining that relationship, but without sacrificing our national interests, without sacrificing our principles [...]“ (Rajya Sabha 2003e: Shri Yashwant Sinha).

Darüber hinaus wurde vereinzelt sogar das Allianzargument *zu Gunsten* des Irak angeführt, dessen Regierung manche in Indien als alten Freund aus der blockfreien Bewegung ansahen. Diese Einordnung tauchte allerdings nur an drei Stellen auf und nimmt damit in der gesamten Debatte den kleinsten Raum ein: Die (bloß informelle) Allianzbindung Indiens gegenüber dem Irak spielte bei der Ablehnung des Krieges also nur eine untergeordnete Rolle.

Es gibt weitere Aspekte, die in der Debatte ausdrücklich *nicht* diskutiert wurden, obwohl dies durchaus zu erwarten gewesen wäre. So wurde weder die Möglichkeit des irakischen Besitzes von Massenvernichtungswaffen noch eine dadurch entstehende Bedrohung für die nationale Sicherheit Indiens als Beteiligungsargument genannt. Auch die angebliche Verwicklung Saddam Husseins in die Anschläge vom 11. September 2001 fand keinerlei Erwähnung.

Demgegenüber artikulierten die politischen Entscheidungsträger in Neu Delhi eine ganze Reihe von Gründen, mit denen ihre Ablehnung des bevorstehenden Irak-Feldzuges zum Ausdruck gebracht wurde. Während die Regierung dabei eher sanfte Töne anschlug, fielen im indischen Parlament seitens der Opposition deutlichere Worte der Verurteilung der US-amerikanischen Aggression, die von einigen als imperialistisch verurteilt wurde (Rajya Sabha 2003c: Shri Manoj Bhattacharya; Rajya Sabha 2003e: Shri Jibon Roy).

Insgesamt motivierten drei Hauptargumente die negative Haltung Indiens gegenüber einer Beteiligung am Irak-Krieg 2003 und dem Einsatz militärischer Gewalt durch die USA und ihre Verbündeten (Tabelle 4).

Tabelle 4: Anzahl der genannten Argumente			
Nationale Interessen	Allianz	Identität	Völkerrecht
13 (25,00 %)	3 (5,77 %)	12 (23,08 %)	24 (46,15 %)
Total: 52			

In genau einem Viertel der Fälle wurden Argumente genannt, die der Kategorie *Nationale Interessen* zugeordnet werden konnten. Darin wurde die Ablehnung des Irak-Krieges durch die direkte Gefährdung indischer Interessen begründet. Erstens befürchteten die Kritiker, die südasiatische Region könne sich im Zuge einer Invasion des Irak destabilisieren; als Folge wären die nationalen Sicherheitsinteressen Indiens unmittelbar beeinträchtigt. Dabei darf nicht übersehen werden, dass in Indien die zweitgrößte muslimische Gemeinde der Welt angesiedelt ist. Eine indische Unterstützung des Irak-Krieges hätte die Vorbehalte der muslimischen Minderheit im eigenen Land gegenüber der hinduistischen Mehrheit sicherlich nur geschürt und wäre dem ohnedies prekären inneren Frieden abträglich gewesen. Einer Verschärfung des islamischen Terrorismus in Indien wollte man keinesfalls den Boden bereiten. Zweitens befürchtete man unmittelbare Wohlfahrtsverluste durch einen Anstieg des Rohölpreises, und weil die Geldanweisungen der in der Golfregion ansässigen indischen Diaspora entfallen würden. Überdies machte man sich um deren Wohl große Sorgen.

In der zweiten Hauptargumentationslinie wurde auf Indiens nationale *Identität* als Vorreiterstaat der Blockfreien Bewegung (*Non-Aligned Movement* – abgekürzt NAM) und auf die außenpolitischen Prinzipien Jawaharlal Nehrus verwiesen, in deren Tradition die indische Außenpolitik steht und denen man sich weiterhin verpflichtet fühlt. Die fünf Prinzipien Nehrus zum wechselseitigen Verhalten von Staaten im internationalen System lauten: Respekt der territorialen Integrität und Souveränität, Nicht-Aggression, Nicht-Einmischung, Gleichheit und gegenseitige Unterstützung sowie friedvolle Koexistenz (Krishna 1984: 273f). Diese fünf Prinzipien wurden von den Staaten der Blockfreien Bewegung später übernommen. Für einen Staat, dessen Bürger und Politiker sich mehrheitlich mit diesen Prinzipien identifizieren, kommt ein Angriffskrieg nicht in Frage. Diese Prinzipien sind zudem eng an völkerrechtlich anerkannte und in der Charta der UNO festgeschriebene Grundsätze gebunden, wie etwa die staatliche Souveränität oder das Gewaltverbot aus Art. 2 (4). Daher kann es nicht verwundern, dass in einem Drittel der Fälle Identitätsargumente unmittelbar mit der Kritik an der Völkerrechtswidrigkeit der bevorstehenden Invasion verknüpft wurden.

Die *völkerrechtliche* Beurteilung des Irak-Krieges 2003 als illegal nahm eine herausragende Stellung in der inner-indischen Debatte ein. Nahezu die Hälfte aller Argumente verurteilte den Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak als unrechtmäßig. Zum einen wurde dem gewaltsamen Eingreifen in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates grundsätzlich jegliche Legitimation abgesprochen. Zum anderen gab man zu verstehen, dass zwischenstaatliche militärische Aktionen, die der Aufrechterhaltung der internationalen Friedensordnung dienen sollten, unbedingt der Mandatierung durch die UNO bedurften. Demnach konnte das unilaterale Vorgehen der USA und ihrer Bündnispartner in keinem Fall gebilligt werden, da dies zu einer Unterminierung der Glaubwürdigkeit und Funktionsfähigkeit der UNO geführt hätte.

Die Resultate der Inhaltsanalyse legen daher erstens den Schluss nahe, dass die indische Außen- und Sicherheitspolitik durch eine Balance manifester nationaler Interessen auf der einen und identitätsstiftender Prinzipien auf der anderen Seite gekennzeichnet ist. Während also ein Teil der politischen Entscheidungsträger in Neu Delhi vornehmlich für

ein realpolitisch-interessenbewusstes Auftreten Indiens im internationalen System plädiert, verweisen andere eher auf die Rolle Indiens als Zugpferd der Blockfreien Bewegung, deren Grundsätze man sich unbedingt verpflichtet fühlt. In der Frage der (Nicht-) Beteiligung am Irak-Krieg 2003 laufen Interessen und Prinzipien gleichwohl zusammen. Indien pocht aber zweitens bei der Verwirklichung *beider* Ziele auf die unbedingte Geltung des Völkerrechts und der UN-Charta. Somit bilden die Normen und Regeln des internationalen Rechts den Handlungsrahmen, innerhalb dessen sich die indische Außenpolitik bewegen soll. Aufgrund dieser starken Stellung des Völkerrechts in der außenpolitischen Kultur Indiens geht der folgende Abschnitt näher auf die indische Völkerrechtspolitik¹⁵ ein.

5.3 Souveränität – absolut und nicht relativ: Indiens Völkerrechtspolitik

In der Tradition Mahatma Gandhis, die in der ersten Generation der indischen Demokratie starken Einfluss ausübte und auch heute noch eine der Einflussrichtungen in der Außenpolitik darstellt, wenn auch bei weitem nicht mehr die dominierende, ist der Krieg ein nahezu unbedingt zu vermeidendes Übel (Young 2004). Ausnahme ist allein die Notwendigkeit der Selbstverteidigung, wenn man angegriffen wird. In der militärischen Praxis der Indischen Union freilich ist die Bilanz gemischt. Der Staat, der aus dem Blut der bürgerkriegsartigen Zustände während der Staatsgründung und Sezession Pakistans und dem sich unmittelbar anschließenden Bruderkrieg der beiden jungen Staaten auf dem Subkontinent geboren wurde, bildet mit den drei westlichen Kernwaffenstaaten und Israel die Gruppe der fünf bei weitem am häufigsten in militärische Operationen verwickelten Demokratien. Nur in etwa der Hälfte dieser bewaffneten Konflikte feuerte der Feind den ersten Schuss ab: In drei der vier Kriege gegen Pakistan (1947, 1965, 1999) war Islamabad der Angreifer, und im indisch-chinesischen Krieg von 1962 waren es die chinesischen Truppen, die (nach mannigfaltigen indischen Provokationen) rigoros zur Offensive übergingen. Im Bangladesh-Krieg von 1971, bei den Interventionen in Sri Lanka (1987) und den Malediven (1988) eröffnete Indien die militärischen Operationen (Müller 2006, 101–132, 203–232). Auch in Zeiten friedenspolitischer Rhetorik erwies sich Indien also als „robust“. Dennoch zeichnen sich im indischen Diskurs über militärische Einsätze, Völkerrecht und Souveränität deutliche Unterschiede zu amerikanischen Positionen ab.

15 Der Begriff der Völkerrechtspolitik hat eine doppelte Bedeutung. Die eine Lesart bezieht sich auf die Art und Weise, wie die Politik das Völkerrecht informiert und strukturiert. So sehen auch heute viele Politikwissenschaftler das Völkerrecht als Ausdruck internationaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse, dem bestenfalls die Funktion der Koordinierung zwischenstaatlicher Kooperation zukommt. Die zweite Lesart hebt auf eine Rückwirkung des Völkerrechts auf die Politik ab, wodurch politische Aktivitäten eine besondere Form rechtlichen Argumentierens und Handelns annehmen (Reus-Smit 2004: 14). Für eine dezierte Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen „Be-deutungen“ des Begriffs der Völkerrechtspolitik, siehe Fischer-Lescano/Liste 2005.

Im Gegensatz zur klassischen Rechtfertigungslogik der USA, derzufolge die Nichteinhaltung völkerrechtlicher Normen geboten sein kann, um die Souveränität der eigenen Republik zu bewahren (Brock 2005: 46), eröffnet die tief im Bewusstsein der indischen Öffentlichkeit verwurzelte Rechtskultur einen kommunikativen Rechtfertigungsraum, der es der Regierung in Neu Delhi nahezu unmöglich macht, eine weitreichende Subordination völkerrechtlicher Normen unter das Primat der Politik vorzunehmen. Vielmehr wird in Neu Delhi die absolute Achtung staatlicher Souveränität und anderer völkerrechtlicher Normen, gepaart mit einem gewissen Maß staatlicher Selbstbindung daran, als eine notwendige Bedingung für dauerhaften Frieden angesehen. Dementsprechend verweist Artikel 51 der indischen Verfassung auf die Geltung des Völkerrechts und die Verpflichtung Indiens, internationalen Frieden und Sicherheit zwischen den Staaten zu unterstützen. Artikel 253 regelt zudem das Recht des Parlaments, überall da legislativ tätig zu werden, wo es um die Implementierung internationaler Verträge, Vereinbarungen und Konventionen geht (Thakur/Banerjee 2002: 198f).

Allerdings steht die Haltung der politischen Entscheidungsträger in Neu Delhi zum Irak-Krieg 2003 nicht nur formell in einer langen Tradition indischer Völkerrechtspolitik. Schon 1947 gestand Indien der UNO die größte Legitimation zur Klärung zwischenstaatlicher Konflikte zu, indem man die Kaschmirfrage vor den Sicherheitsrat brachte, um eine internationale Verurteilung der grenzüberschreitenden Aggression durch Pakistan zu erreichen (Wagner 2006: 195). Doch auch wenn Indien mit den einschlägigen UN-Resolutionen nicht zufrieden sein konnte, wurde die fundamentale Bedeutung der Organisation nicht in Frage gestellt (Krishna 1984: 281).¹⁶ Die militärischen Einsätze des indischen Heeres, die nicht in offensichtlicher Selbstverteidigung erfolgten, wurden jeweils strikt völkerrechtlich gerechtfertigt:¹⁷ Auf Sri Lanka und auf den Malediven erfolgte er mit Einverständnis bzw. auf Hilferuf der betroffenen Regierung; das Eingreifen in Ostpakistan 1971 begründete die indische Regierung mit der akuten Destabilisierungsgefahr, der die indischen Ostprovinzen durch die enormen Flüchtlingsströme (etwa 10 Millionen) ausgesetzt waren, welche die Massaker der pakistanischen Streitkräfte unter den Ostbengalen ausgelöst hatten.¹⁸ Während sich Indien nicht gegen

16 Indien ist seitdem selbst das Zielland einer UN-Mission (UNMOGIP), die auf die UN-Resolution 47 des Sicherheitsrates aus dem Jahr 1948 zurückgeht. Kontrolliert wird dabei der Waffenstillstand zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir (Thakur/Banerjee 2002: 178). Diese Maßnahme stieß in Indien allerdings nur auf wenig Begeisterung. Daher soll nicht verschwiegen werden, dass Indien seither bemüht war, im Zuge eigener Konflikte eine Einbeziehung der UNO zu vermeiden, und diese bilateral zu lösen (Krishna 1984: 282).

17 Dies gilt dagegen nicht für die USA, auch wenn diese beispielsweise im Zuge des Irak-Krieges 2003 zunächst auf Selbstverteidigung im Sinne der UN-Charta plädierten. Allerdings wurden in den amerikanischen Debatten auch Stimmen laut, die der UNO, aufgrund ihrer Einbindung autokratischer Staaten, jegliche Legitimation zur Regelung zwischenstaatlicher Konflikte absprachen, und ein unilaterales Handeln als absolut legitim einstufen. Eine für das indische Völkerrechtsverständnis abwegige Argumentation.

18 Indien versuchte den Angriff auf Pakistan am 3.12.1971 als Selbstverteidigungsfall zu deklarieren und verwies auf Artikel 51 der UN-Charta. Der indische Botschafter Sen argumentierte, dass Pakistan eine neue Art des Verbrechens gegen Indien begangen hätte und bezeichnete dieses als „Flüchtlingsaggression“, wodurch die territoriale und ökonomische Integrität Indiens verletzt würde (Wheeler 2000: 61).

den durch die UNO mandatierten Golfkrieg von 1991 wandte, sprach sich die indische Regierung energisch gegen den NATO-Einsatz im Kosovo 1999 aus, da in diesem Fall kein Mandat vorlag (Thakur/Banerjee 2002: 178). Gegen den völkerrechtlich legitimierten Afghanistan-Krieg 2001 hatte man in Neu Delhi solcherlei Vorbehalte nicht und bot den USA die umgehende und vorbehaltlose Unterstützung im Kampf gegen das Taliban-Regime an.

Insofern ist die auffällig häufige Nennung völkerrechtlicher Argumente, anhand derer die Invasion des Irak in der innerindischen Debatte als unrechtmäßig beurteilt wurde, nicht als Scheinargumentation zu werten, mit der andere Motivationen verschleiert werden sollten. Denn Indien vertritt schon seit langem die Ansicht, dass internationale Militäreinsätze grundsätzlich durch die UNO legitimiert sein sollten. In solch einem Fall ist Neu Delhi auch durchaus bereit, sich daran zu beteiligen. Im Zuge dieser Politik tritt Indien seit Jahren als einer der größten Truppensteller für UN-Friedensmissionen auf und stellt aktuell mit 8.079 Soldaten das drittgrößte Kontingent (Vereinte Nationen 2008).

Das gibt einen wichtigen Hinweis auf Indiens politische Präferenzen: Man ist eher bereit, militärische Hilfe zu leisten, wenn es um die Bewahrung territorialer Integrität und nicht deren Zerschlagung oder gar um erzwungenen Regimewechsel geht. Internationale Truppen haben gemäß der indischen Wertschätzung staatlicher Souveränität nur dann das Recht, auf fremdem Territorium zu agieren, wenn das Gastland dies ausdrücklich billigt.

Das Konzept der humanitären Intervention lehnt Indien dagegen konsequent ab (auch der eigene Einsatz in Westpakistan 1971 wurde mit sicherheitspolitischen Zwängen, nicht humanitär begründet). Gegenüber der Konjunktur dieses Konzeptes nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zeigte sich Neu Delhi überaus skeptisch, wenn nicht sogar besorgt. Namentlich der Kosovo-Krieg der NATO stieß auf scharfe Kritik. Der Grund war nicht nur der Angriff gegen einen alten Freund aus der blockfreien Bewegung, (Rest-)Jugoslawien. Indien selbst befürchtete angesichts des nicht abreißenden Kritikstroms gegen seine Politik in Kaschmir (vor allem aus dem US-Kongress), es könne womöglich selbst Ziel einer solchen Intervention werden. Dass es die ehemaligen Kolonialisten waren, die unter dem Banner von Humanität in die Souveränität anderer Staaten einbrachen, stieß in Indien ebenfalls auf wenig Sympathie. „Humanitäre Intervention“ stand (und steht) in dem Verdacht, den Vorwand für Imperialismus in neuem Gewande, aber mit alten Vorherrschaftszielen zu liefern (Mohan 2007). Der Unilateralismus außerhalb der vorgeschriebenen Entscheidungsverfahren der Charta der Vereinten Nationen traf in diesem Zusammenhang deshalb auf die scharfe Ablehnung Indiens. Die Selbstermächtigung der westlichen Demokratien sah man in deutlicher Parallele zu der selbstermächtigten Landnahme in fremden Regionen während der Kolonialzeit. Im Westen sehen die Inder weniger die „freie Welt“ und daher die eigentliche Heimat der indischen Demokratie als vielmehr die ungeläuterten Erben derjenigen, gegen die die Inder ihre Demokratie zusammen mit der Unabhängigkeit sich erst hatten erkämpfen müssen und die erneut versuchten, unter dem Deckmantel der Humanität realpolitische Interessen zu Lasten schwächerer Staaten durchzusetzen (Hoffmann 2002; Thakur/Banerjee 2002: 185). Das Ansinnen vornehmlich westlicher Demokratien, die Idee der Menschenrechte seit einigen Jahren als hegemonialen Diskurs im internationalen Rechtsgefüge zu institutionalisieren, wird dem-

zufolge in Indien als Versuch gedeutet, die UN-Charta interventionsgerecht umzudeuten (Sharma 2003). Will man also die indische Völkerrechtspolitik und das starre Festhalten an der Idee staatlicher Souveränität verstehen, so ist es unerlässlich, die koloniale Vergangenheit Indiens mitzudenken. Zu lange und zu hart hatte Indien für seine Selbstbestimmung kämpfen müssen, um heute das Prinzip der Souveränität preiszugeben.

Man kann also davon ausgehen, dass die Regeln und Prinzipien des Völkerrechts – allen voran die Achtung staatlicher Souveränität und die multilaterale Lösung zwischenstaatlicher Konflikte – tief in die außenpolitische Kultur Indiens eingelassen sind. Die Exekutive versucht in ihren strategischen Überlegungen gelegentlich, völkerrechtliche Bedenken bei Seite zu schieben, wie einige der oben genannten indischen Aktionen anzeigen. Auch dass man um des guten Verhältnisses zu den USA willen 2003 kurzzeitig an militärische Hilfe für den Irak-Krieg dachte, zeigt dies. Aber gerade dieses Beispiel macht deutlich, dass eine kühl realpolitisch kalkulierende Exekutive an die Grenzen stößt, welche die politische Kultur des Landes zieht: Die öffentliche Meinung und der einhellige parlamentarische Widerstand hätten die herrschende Koalition gesprengt; die Barrieren für eine Kriegsbeteiligung, die sich hieraus ergaben, waren für die Exekutive zu hoch.

Die starke Internalisierung von Normen lässt sich daran erkennen, dass diese besonders nachdrücklich zur Rechtfertigung des eigenen außenpolitischen Handelns herangezogen werden (Finnemore/Sikkink 1998: 892). Die völkerrechtlichen Argumente nahmen in der Debatte über den Irak-Krieg 2003 in Indien eine herausragende Position ein (in den parlamentarischen Debatten in den USA spielten völkerrechtliche Argumente selbst bei den Gegnern des Kosovo- und des Irak-Kriegs eine vergleichbar untergeordnete Rolle. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zum indischen Partner)¹⁹. Insofern ist es unwahrscheinlich, dass man sich in Neu Delhi nur vordergründig auf diese Art der Völkerrechtspolitik verlegte, um etwaige dahinter liegende Interessen zu verschleiern. Schließlich hätte man auch jedes andere moralisch „tragfähige“ Argument ins Feld führen können (etwa die Prinzipien der NAM), um für die eigene Nicht-Beteiligung zu plädieren. Es ist daher nicht zu erwarten, dass Indien sich in absehbarer Zukunft an unilateralen und damit außerhalb des UN-Rahmens stattfindenden militärischen Aktionen beteiligen wird (Schreer/Wagner 2005: 4).

19 Ergebnis einer Inhaltsanalyse von Debatten im amerikanischen Kongress im Rahmen des HSFK-Projekts „Kriege der Demokratien seit dem Ende des Ost-West-Konflikts, in Vorbereitung).

6. Schlussfolgerungen

Eine der wenigen außenpolitischen Erfolge der Bush-Administration ist es, an die Clinton-Politik nahtlos angeschlossen und so das Verhältnis zu Indien bedeutend verbessert zu haben. Die amerikanische Position im asiatischen Raum ist dadurch aufgewertet, der amerikanische Handlungsspielraum erweitert worden.

Insgeheim verband Washington mit dieser Entwicklung die Hoffnung, Neu-Delhi stärker in die eigene „Grand Strategy“ einbinden zu können. Deren beide wichtigste Komponenten in diesem Zusammenhang sind die Eindämmung Chinas und der „Krieg gegen den Terror“ in der von der Bush-Administration gewählten Form. In beiden Hinsichten erweist sich jedoch, dass die Einbindung nicht in der erwünschten Weise gelingt. Nicht anders, als die USA selbst dies im Hinblick auf ihre Partnerschaften tun, prüft Indien die amerikanischen Ansprüche im Lichte der eigenen Interessen und Werte und entscheidet dementsprechend selektiv über die eigenen Beiträge zur Kooperation. Die „strategische Partnerschaft“ zwischen Indien und den USA wird schon allein dadurch sichtbar relativiert, dass Indien „strategische Partnerschaften“ auch zu China, Russland und gar Iran unterhält (Kronstadt 2008: 22ff). Die Ausbalancierung Chinas betreibt man in diskreterer Form als sich das Pentagon das wünschen mag und verbindet sie mit der Anstrengung, die Zusammenarbeit mit dem großen asiatischen Rivalen zu verdichten. Im „Krieg gegen den Terror“ unterstützt man die US-Anstrengungen in Afghanistan und pflegt die geheimdienstliche Zusammenarbeit, ist jedoch nicht bereit, jeden unilateralen Schritt der USA mitzugehen. Der Irak-Krieg hat verdeutlicht, wo die Grenzen der indischen Bündnisbereitschaft liegen.

Dahinter liegen beträchtliche Differenzen über die Gestaltung der internationalen Ordnung. In den USA hat sich zunehmend ein instrumentelles Verhältnis zum Völkerrecht entwickelt, auf das man sich in Washington beruft, wenn es amerikanischen Absichten dient, und das man ignoriert, wenn es diesen Absichten widerspricht. In Indien, so scheint es, ist Völkerrecht viel mehr als grundlegendes Ordnungsprinzip verankert.

Gleich gravierende Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Souveränität. Zwar insistieren auch die USA auf der Unantastbarkeit der *eigenen* Souveränität, was im selektiven Umgang mit völkerrechtlichen Bindungen ja schon zum Ausdruck kommt. Souveränität als Leitprinzip, das auch alle übrigen staatlichen Akteure schützt, ist im amerikanischen Denken hingegen nicht (mehr) verankert. Indien hingegen sieht die eigene Souveränität, auf die man allergrößten Wert legt, an ein allgemein gültiges Prinzip der Souveränität gebunden, von dem man keine Abstriche machen möchte. Die einzige Einschränkung gesteht man auf der Grundlage der VN-Charter zu: Ein vom Sicherheitsrat mandatierter Eingriff in die Souveränität ist – weil völkerrechtlich legitimiert – in indischen Augen zulässig, nicht jedoch Unilateralismus.

Dabei ist es keineswegs so, dass die indische Position idealistisch von eigenen Interessen und von machtpolitischen Erwägungen absehen würde. Das kommt in der klaren Artikulation solcher Interessen in der Debatte um den Irak-Krieg 2003 deutlich zum Ausdruck. Indien sieht indes seine Interessen und seine Machtposition von der völker-

rechtlichen Ordnung, die Souveränität schützt, wohl behütet. Anders als in der jüngeren Betrachtungsweise der USA gelten Völkerrecht und Internationale Organisation nicht als Fessel, sondern als Stütze der eigenen Souveränität. Die Exekutive neigt gelegentlich zu opportunistischen Verstößen gegen das Völkerrecht; sie wird aber durch die starke Verankerung der völkerrechtlichen Orientierung der Öffentlichkeit und des Parlaments daran gehindert, diesen Versuchungen nachzugeben und auf den instrumentellen Umgang Washingtons mit völkerrechtlichen Regeln einzuschwenken. Dass weder die Bereitschaft der amerikanischen Regierung, Indiens Nuklearstatus anzuerkennen, noch die Hoffnung darauf, Washington werde Indien zu einem permanenten Sitz im VN-Sicherheitsrat verhelfen, Indien in dieser Hinsicht kompromissbereit gemacht haben, zeigt die starke Verankerung dieser Weltsicht in der außenpolitischen Kultur des Landes.

Indien wird seine Autonomie, die hauptsächlich der Wahrung eigener Interessen und der Behauptung eigener Prinzipien dient, nicht auf dem Altar einer Bündnisbeziehung mit der Supermacht opfern, sondern danach streben, die guten Beziehungen zu den USA zu wahren, ohne selbst fundamentale Grundsätze der eigenen Politik aufgeben zu müssen (Varadarajan: 2008). Da die Asien-Politik der USA Washington auf Neu Delhi verweist, haben die Inder beste Chancen, mit dieser Haltung Erfolg zu erzielen.

Aus deutscher Sicht ist interessant, dass die indische Einstellung zu Völkerrecht und Vereinten Nationen deutlich näher an der Politik Berlins liegt als an jener Washingtons. Auch Deutschland sieht eine enge Verzahnung der eigenen nationalen Interessen mit der internationalen Rechtsordnung, verspürt allerdings eine geringere Neigung zu ausgesprochener Machtpolitik als Indien. Auch ist Deutschland – als EU-Mitglied – eher bereit, Souveränität als eine relative Größe zu sehen als der südasiatische Staat.

Für Europa als Ganzes wie für Deutschland im Besonderen wäre es daher wichtig, von den ritualisierten jährlichen Treffen und einer weitgehend auf dem Papier stehenden europäischen Indien-Strategie zu einer wirklich durchdachten Entwicklung der politischen Beziehungen zu diesem zunehmend wichtigen Land überzugehen. Indien wird in Europa und auch in Berlin noch weitgehend als Markt gesehen. Dass Indien auch Macht ist und zunehmend sein wird, ist noch nicht in vollem Umfang ins Bewusstsein getreten.

Es empfiehlt sich daher aus drei Gründen, die Beziehungen zu Indien weiter zu verdichten: Zum einen könnte Indien ein interessanter Verbündeter sein, wenn es gilt, die internationale Rechtsordnung auch gelegentlich gegen das Missfallen Washingtons zu behaupten und auszubauen. Zum anderen wäre eine Pflege der europäisch-indischen Beziehungen nützlich für diejenigen möglichen Fälle, in denen aufgrund der Divergenzen zwischen der amerikanischen und der indischen Weltsicht auch einmal stärkere Spannungen zwischen Washington und Neu Delhi auftreten könnten. Ein zweiter Beziehungsstrang zwischen der transatlantischen Gemeinschaft und der aufstrebenden asiatischen Weltmacht könnte dann helfen, die freundschaftliche Bindung zwischen Indien und „dem Westen“ auch durch Perioden amerikanisch-indischer Verwerfungen zu wahren. Denn dass amerikanische und indische Interessen und Grundsätze in der Ära nach Bush völlig deckungsgleich werden, ist kaum anzunehmen. Und drittens sind pflegliche Beziehungen zu Neu Delhi auch in jenem höchst unwahrscheinlichen Fall ratsam, dass China sich als Spielverderber einer kooperativen Weltpolitik erweisen sollte.

Quellenverzeichnis

Embassy of India 2000: Hijacking of Indian Airlines Flight IC-814, in: www.indianembassy.org/archive/IC_814.htm (15.9.2008).

Lok Sabha 2002: Part II Proceedings Other than Questions and Answers, 17.5.2002, in: http://164.100.47.134/news/debtext13_nls.asp?sno=4239&ser=&smode= (11.9.2008).

Lok Sabha 2003a: President's Address to Both the Houses of Parliament Assembled Together, 17.2.2003, in: <http://tempweb14.nic.in/scripts/palatest1.jsp?id=2> (20.9.2008).

Lok Sabha 2003b: Discussion on the Motion of Thanks on the President's Address moved by Shri Vijay Kumar Malhotra and seconded by Shri Suresh Prabhu (Not Concluded), 24.2.2003, in: http://164.100.24.209/news/debtext13_nls.asp?sno=5328&ser=Iraq&smode=t (20.9.2008).

Lok Sabha 2003c: Discussion on the Motion of Thanks on the President's Address Moved by Shri Vijay Kumar Malhotra and seconded by Shri Suresh Prabhu (Contd.), 25.2.2003, in: http://164.100.24.209/news/debtext13_nls.asp?sno=5352&ser=Iraq&smode=t (20.9.2008).

Lok Sabha 2003d: Regarding Situation in Iraq, 7.3.2003, in: http://164.100.24.209/news/debtext13_nls.asp?sno=5509&ser=Iraq&smode=t (20.9.2008).

Ministry of Defence, India 2002: Annual Report 2001/2002, in: <http://mod.nic.in/reports/report02/report02.htm> (1.10.2008).

Ministry of Defence, India 2003: Annual Report 2002/2003, in: <http://mod.nic.in/reports/MOD-English2003.pdf> (1.10.2008).

Ministry of External Affairs, India 2001a: EAM's meeting with the media, 12.9.2008, in: <http://meaindia.nic.in/mediainteraction/2001/09/12mi01.htm> (15.9.2008).

Ministry of External Affairs, India 2001b: Prime Ministers Address to the Nation, 14.9.2001, in: <http://mea.gov.in/speech/2001/09/14spc01.htm> (15.9.2008).

Ministry of External Affairs, India 2003a: Foreign Secretary Mr. Kanwal Sibal's address at the Carnegie Endowment for International Peace India-US Partnership: Meeting Emerging Security Challenges, 4.2.2003, in: http://meaindia.nic.in/event/2003/02/05events_01.htm#3 (20.9.2008).

Ministry of External Affairs, India 2003b: Statement by the Prime Minister of India Shri Atal Bihari Vajpayee At the XIII NAM Summit, Kuala Lumpur, 24.02.2003, in: <http://meaindia.nic.in/speech/2003/02/24spc01.htm> (20.9.2003).

Ministry of External Affairs, India 2003c: Statement on the current situation related to Iraq, 18.3.2003, in: <http://meaindia.nic.in/speech/2003/03/18spc01.htm> (20.9.2008).

Ministry of External Affairs, India 2003d: Statement by Official Spokesperson on the Commencement of Military Action in Iraq, 20.3.2003, in: <http://meaindia.nic.in/speech/2003/03/20spc01.htm> (20.9.2008).

Ministry of External Affairs, India 2003e: Interview of Indian Minister Shri Yashwant Sinha for BBC's „Asia Today“, 28.3.2003, in: <http://meaindia.nic.in/interview/2003/03/28i01.htm> (20.9.2008).

Pew Global Attitudes Project 2006: Spring 2006 Survey, in: <http://pewglobal.org/reports/pdf/255topline.pdf> (3.11.2008).

Press Information Bureau, India 2001: PM's Letter to President George Bush, 12.9.2001, in: <http://pib.nic.in/archieve/lreleng/lyr2001/rsep2001/12092001/r120920017.html> (15.9.2008).

Press Information Bureau, India 2002: Press Statement Issued By Prime Minister Shri Atal Bihari Vajpayee, 23.5.2002, in: <http://pib.nic.in/archieve/lreleng/lyr2002/rmay2002/23052002/r2305200211.html> (15.9.2008).

Press Information Bureau, India 2003a: Statement By The Prime Minister In Both Houses Of Parliament On The Situation Relating To Iraq, 12.3.2003, in: www.pib.nic.in/achieve/lreleng/lyr2003/rmar2003/12032003/r1203200317.html (20.9.2008).

Press Information Bureau, India 2003b: Prime Minister's Opening Remarks at the All Party Meeting on Iraq, 22.3.2003, in: www.pib.nic.in/archieve/lreleng/lyr2003/rmar2003/22032003/r220320031.html (20.9.2008).

Rajya Sabha 2003a: Need for passing a resolution by Parliament in respect of Iraq, 18.2.2003, in: www.rajyasabha.nic.in/rsdebate/synopsis/198/18022003.htm (20.9.2008).

Rajya Sabha 2003b: Motion of Thanks on the President's Address (Contd.), 24.2.2003, in: www.rajyasabha.nic.in/rsdebate/synopsis/198/24022003.htm (20.9.2003).

Rajya Sabha 2003c: Motion of Thanks on the President's Address – Contd., 25.3.2003, in: www.rajyasabha.nic.in/rsdebate/synopsis/198/s25022003.htm (20.8.2008).

Rajya Sabha 2003d: Motion of Thanks on the President's Address – Contd., 25.3.2003, in: <http://164.100.24.167/rsdebate/synopsis/198/25022003.htm> (20.9.2008).

Rajya Sabha 2003e: Private Member's Resolution: Initiative to be taken by the Government to unite the Non-aligned Movement against the war and for global peace, 7.3.2003, in: www.rajyasabha.nic.in/rsdebate/synopsis/198/07032003.htm (20.9.2008).

Rajya Sabha 2003f: Statement By The Prime Minister: Situation Relating To Iraq, 12.3.2003, in: www.rajyasabha.nic.in/rsdebate/synopsis/198/12032003.htm (20.9.2003).

Sipri Arms Transfer Database 2008: Major Conventional Weapons, in: www.sipri.org/contents/armstrad/output_types_TIV.html (15.10.2008).

South Asia Terrorism Portal 2008: India Fatalities, in: <http://satp.org/satporgtp/countries/india/database/indiafatalities.htm> (18.9.2008).

South Asia Terrorism Portal 2008: Major Terrorist Attacks in India in the Post-9/11 Period, in: http://satp.org/satporgtp/countries/india/database/OR_9-11_majorterroristattacks.htm (14.11.2008).

The White House 2001a: President's Address to a Joint Session of Congress and the American People, 20.9.2001, in: www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/200109208.html (7.10.2008.)

The White House 2001b: Joint Statement Between U.S. and India, 9.11.2001, in: www.whitehouse.gov/news/releases/2001/11/20011109-10.html (18.9.2008).

The White House 2001c: Press Briefing by Ari Fleischer, 17.12.2001, in: www.whitehouse.gov/news/releases/2001/12/20011217-1.html (10.9.2008).

The White House 2002: Press Briefing by Ari Fleischer, 15.5.2002, in: www.whitehouse.gov/news/releases/2002/05/20020515-7.html (10.9.2008).

U.S. Department of Defense 2006: Quadrennial Defense Review Report, www.defenselink.mil/qdr/report/Report20060203.

Vereinte Nationen 2001: Resolution 1373 (2001), in: Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrates 1. Januar 2001-31. Juli 2002, in: www.un.org/Depts/german/sr/sr_01-02/srband_01.pdf (6.10.2008).

Vereinte Nationen 2008: Contributors to United Nations peacekeeping operations, in: www.un.org/Depts/dpko/dpko/contributors/2008/sep08_1.pdf (3.11.2008).

Literaturverzeichnis

Adhikari, Gautam 2004: India and America: Estranged No More, in: *Current History*, Jg. 103, Nr. 672, S. 158–164.

Banershee, Sanjoy 2000: India's Human Rights Policy, in: Forsythe, David P. (Hrsg.), *Human Rights and Comparative Foreign Policy*, Tokio, S. 178–205.

Boucher, Richard A. 2008: U.S.-India Relations, in: www.state.gov/p/sca/rls/2008/106476.htm (21.10.2008).

Brock, Lothar 2005: The Use of Force in the Post-Cold War Era: From Collective Action Back to Pre-Charter Self-Defense? In: Bothe et al. (Hrsg.): *Redefining Sovereignty. The Use of Force After the Cold War*, Transnational Publishers, New York, N.Y., S. 21–51.

Burns, R. Nicholas 2007: America's Strategic Opportunity With India, in *Foreign Affairs* Jg. 86, Nr. 6, S. 131–146.

Carter, Ashton B. 2002: America's New Strategic Partner?, in *Foreign Affairs*, Jg. 85, Nr. 4, S. 33–44.

Clad, James C. 2002: An Unexpected Chance to Get Down to Fundamentals, in: *Carnegie Endowment Working Papers: A New Equation. U.S. Policy toward India and Pakistan after September 11*, Nr. 27, Washington, D.C., S. 13–21.

Diekmann, Andreas 1999: *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, 5. Auflage, Reinbek.

Emmott, Bill 2008: *Rivals: How the Power Struggle Between China, India and Japan Will Shape Our Next Decade*, Harcourt.

Fair, C. Christine 2007: Indo-Iranian Ties: Thicker Than Oil, in: MERIA. *The Middle East Review of International Affairs*, Jg. 11, Nr. 1, in: <http://meria.idc.ac.il/journal/2007/issue1/v11no1a9.html> (21.10.2008).

Feinstein, Lee 2002: When Policy Priorities Converge: U.S. Relations with India and Pakistan, in: *Carnegie Endowment Working Papers: A New Equation. U.S. Policy toward India and Pakistan after September 11*, Nr. 27, Washington, D.C., S. 5–10.

Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics und Political Change, in: *International Organization*, Jg. 52, Nr. 4, S. 887–917.

Fischer-Lescano, Andreas/Liste, Philip 2005: Völkerrechtspolitik. Zu Trennung und Verknüpfung von Politik und Recht der Weltgesellschaft, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 12, Nr. 2, S. 209–249.

Ford, Jane 2003: *A Social Theory of the WTO. Trading Cultures*, Houndsmill, Basingstoke.

Gandhi, Sajit 2002: The Tilt: The U.S. and the South Asian Crisis of 1971, in: *National Security Archive Electronic Briefing Book Nr. 79*, in: www.gwu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB79 (17.10.2008).

Ganguly, Sumit 2001: *Conflict Unending – India-Pakistan Tensions since 1947*, New York, N. Y.

Ganguly, Sumit 2005: America and India at a Turning Point, in: *Current History*, Jg. 104, Nr. 680, S. 120–124.

Ganguly, Sumit 2006a: Will Kashmir Stop India's Rise? *Foreign Affairs*, Jg. 85, Nr. 4, S. 45–56.

Ganguly, Sumit 2006b: Eine unmögliche Partnerschaft? Neue Realpolitik in Delhi: Ein privilegiertes Verhältnis zu den USA ist für Indien von Vorteil, in: *Internationale Politik*, Jg. 61, Nr. 10, S. 20–25.

Ganguly, Sumit 2008: Der indisch-pakistanische Konflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22/2008, S. 32–38.

Hathaway, Robert M. 2001: Unfinished Passage: India, Indian Americans, and the US Congress, in: *Washington Quarterly*, Jg. 24, Nr. 2, S. 21–34.

Hoffmann, Steven 2002: Indo-US Strategic Worldviews, in: Ashok Kapur/Y. K. Malik/Harold A. Gould/Arthur G. Rubinoff (Hrsg.): *India and the United States in a Changing World*, New Delhi, S. 216–244.

Krishna, Gopal 1984: India and the International Order – Retreat from Idealism, in: Bull, Hedley/Watson, Adam (Hrsg.): *The Expansion of International Society*, Clarendon Press, Oxford, S. 1269–1287.

Kronstadt, K. Alan 2007: *India-U.S. Relations*. CRS Report for Congress, Washington, D.C.

Kronstadt, K. Alan 2008: *India-U.S. Relations*. CRS Report for Congress, Washington, D.C.

Kux, Dennis 1993: *India and the United States: Estranged Democracies*, Washington, D.C.

Martin, Michael F./K. Alan Kronstadt 2007: *India-U.S. Economic and Trade Relations*. CRS Report for Congress, Washington, D.C.

Mayring, Philipp 2003: *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 8. Auflage, Weinheim.

Mohan, C. Raja 2006: India and the Balance of Power, in: *Foreign Affairs*, Jg. 85, Nr. 4, S. 17–32.

Mohan, C. Raja 2007: Balancing Interests and Values: India's Struggle with Democracy Promotion, in: *The Washington Quarterly*, Jg. 30, Nr. 3, S. 99–116.

Mohan, C. Raja 2008: Rising India as a 'Western Power', Paper presented to the conference „Securitizing the West“, Bologna, Italy, November 2008, unveröffentlichtes Manuskript.

Müller, Harald 2006: *Weltmacht Indien. Wie uns der rasante Aufstieg herausfordert*, Frankfurt am Main.

Müller, Harald/Rauch, Carsten 2007: Der Atomdeal. Die indisch-amerikanische Nuklearkooperation und ihre Auswirkung auf das globale Nichtverbreitungsregime, HSFK-Report 6/2007, Frankfurt am Main.

Muralidharan, Sukumar 2001: India and the war, in: Frontline, Jg. 18, Nr. 21, in: www.frontline.in/fl1821/18211190.htm (5.9.2008).

Muralidharan, Sukumar 2002: The question of terror, in: Frontline, Jg. 18, Nr. 26, in: www.hinduonnet.com/fline/fl1826/18260160.htm (5.9.2008).

Pant, Harsh V. 2007: A Fine Balance: India Walks a Tightrope between Iran and the United States, in: Orbis, Jg. 51, Nr. 3, S. 495–509.

Perkovich, George 1999: India's Nuclear Bomb, Berkeley, CA.

Rauch, Carsten 2008: Blockfreiheit ade? Wandel und Konstanz der indischen Außenpolitik seit der Unabhängigkeit, HSFK-Report, Nr. 4, Frankfurt am Main.

Reus-Smit, Christian 2004: The Politics of International Law, Cambridge.

Rössler, Patrick 2005: Inhaltsanalyse, Konstanz.

Sagar, Rahul 2004: What's in a Name? India and America in the Twenty-First Century, in: Survival, Jg. 46, Nr. 3, S. 115–136.

Schreer, Benjamin/Wagner Christian 2005: Amerikanisch-indische Sicherheitsbeziehungen. Aufbruch zu einer neuen „Ära“?, SWP-Aktuell 2005/A 33, Berlin.

Sharma, H. Rajan 2003: The new world disorder, in: Frontline, Jg. 20, Nr. 3, in: www.hinduonnet.com/fline/fl2003/stories/20030214010102000.htm (3.11.2003).

Swami, Praveen 2000: Bowing to Terrorism, in: Frontline, Jg. 17, Nr. 1, in: www.hinduonnet.com/fline/fl1701/17010040.htm (6.10.2008).

Swami, Praveen 2001: The terror trajectory, in: Frontline, Jg. 18, Nr. 21, in: www.frontline.in/fl1821/18210160.htm (5.9.2008).

Swami, Praveen 2002: Building Confrontation, in Frontline, Jg. 19, Nr. 11, in: www.frontline.in/fl1911/19110040.htm (10.9.2008).

Thakur, Ramesh/Banerjee, Dipankar 2002: India: democratic, poor, internationalist, in: Ku, Charlotte/Jacobson Harold K. (Hrsg.): Democratic Accountability and the Use of Force in International Law, Cambridge, S. 176–206.

The Hindu 2000: Suicide squad storms Red Fort, kills 3 jawans, in: The Hindu, 23.12.2000, in: www.hinduonnet.com/2000/12/23/stories/01230000.htm (6.10.2008).

The Hindu 2001a: Suicide bomber targets J&K Assembly, in: The Hindu, 2.10.2001, in: www.hinduonnet.com/thehindu/2001/10/02/stories/01020001.htm (8.9.2008).

The Hindu 2001b: J&K too on agenda: Powell, in: The Hindu, 4.10.2001, in: www.hinduonnet.com/thehindu/2001/10/04/stories/01040004.htm (8.9.2008).

The Hindu 2001c: Suicide squad storms Parliament 5 militants killed Army deployed, in: *The Hindu*, 14.12.2001, in: www.hinduonnet.com/thehindu/2001/12/14/stories/2001121400370100.htm (10.9.2008).

The Hindu 2002a: 30 killed in Jammu suicide attack, in: *The Hindu*, 15.5.2002, in: www.hinduonnet.com/thehindu/2002/05/15/stories/2002051503030100.htm (10.9.2008).

The Hindu 2002b: Bush to PM: an outrageous act, in: *The Hindu*, 16.5.2002, in: www.hinduonnet.com/2002/05/16/stories/2002051604860100.htm (15.9.2008).

Varadarajan, Siddharth 2008: L'Inde éperdue de reconnaissance, in: *Le Monde Diplomatique* (22.11.2008).

Wagner, Christian 2003: Indiens neue Beziehung zu Amerika. Zweckbündnis oder strategische Allianz?, SWP-Studie 2003/S 27, Berlin.

Wagner, Christian 2005: Die „verhinderte“ Großmacht? Die Außenpolitik der Indischen Union, 1947–1998, Baden-Baden.

Wagner, Christian 2006: Das politische System Indiens. Eine Einführung, 1. Aufl., Wiesbaden.

Wagner, Wolfgang 2001: Die Konstruktion einer europäischen Außenpolitik. Deutsche, französische und britische Ansätze im Vergleich, Frankfurt am Main.

Wheeler, Nicolas J. 2000: *Saving Strangers. Humanitarian Intervention in International Society*, Oxford.

Young, Katherine K. 2004: Hinduism and the Ethics of Weapons of Mass Destruction, in: Hashmi, Sohail H./Steven P. Lee (Hrsg.), *Ethics and Weapons of Mass Destruction. Religious and Secular Perspectives*, S. 277–307.

Yuan, Jing-Dong 2007: The Dragon and the Elephant: Chinese-Indian Relations in the 21st Century, in: *The Washington Quarterly*, Jg. 30, Nr. 3, S. 131–144.